

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
und Verwaltung:

Telephon
nachts 6797.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II,
Kavčičova nám. 32,
Bolkmedani 57344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreifachschlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung des
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich.

3. Jahrgang.

Freitag, 14. September 1923.

Nr. 214.

Die Partei des Klassenverrates.

Sie nennt sich nationalsozialistische Arbeiterpartei. Aus so vielen Worten der Name zusammengesetzt ist, genau so viel Falschmeldungen sind darin enthalten. Seit dem Tage ihrer Geburt, gibt ihr die Arbeiterchaft einen anderen Namen, der ihr für alle Zeiten wie ein Brandmal anhaften wird: **Deutschgelbe!** Das ist wie der gelbe Fleck, der sie der Mißachtung aller ehrlicher Arbeiter aussetzt. Es ist selbstverständlich, daß die Klassenbewußten Arbeiter in den bürgerlichen Parteien ihre Feinde erblicken und sie bekämpfen. Aber diese Parteien erscheinen vor ihnen, außer zu Wahlzeiten, ungeschminkt, als die Vertreter der Besitz- und Profitinteressen. Die Deutschgelben aber geben vor, etwas zu sein, was sie nicht sein können und dürfen: Anwälte der Arbeiterchaft, während sie in Wahrheit Schützer der Ausbeuter, Soldknechte der Kapitalisten, Zutreiber der bürgerlichen Parteien sind. Das verlogene, unehrliche Handwerk, das sie betreiben, hat ihnen bei allen denkenden Arbeitern mehr eingetragen als die politische Feindschaft, das ist: **Verachtung!** Ja, sie verachten aus dem tiefsten Grund der Seele die deutschgelben Landsknechte des brutalsten Ausbeutertums, das sie warb, um die Arbeiter ihren Klasseninteressen abwendig zu machen, den organisierten sozialen und politischen Verrat in ihre Reihen zu tragen und die Arbeiterbewegung zu schwächen zu versuchen.

Sie wollen „national“ sein! Würde national sein bedeuten: in chauvinistischem Kraftmeiertum sich zu gefallen, dann allerdings trügen sie die Fahne des Sieges davon. Aber national sein heißt doch, für sein Volk wirken, sein Volk lieben, seinen geistigen, kulturellen und materiellen Aufstieg fördern! Und dieses Volk ist der Schaffende, arbeitende Teil der Nation, deren heiligste Mehrheit, denn die bestehende Minderheit, die Kapitalistenklasse, bedarf dieser Förderung nicht, um der Güter des Lebens teilhaftig zu werden. Heißt das national sein, verlogen, verleumderisch und heimtückisch dem Emanzipationskampf der besitzlosen Klasse der Nation systematisch entgegenzuwirken, ihre Organisationsbestrebungen und Aktionen zu durchkreuzen? Nicht mit Unrecht haben die Führer des ärgsten Ausbeutertums die deutschgelbe Mißgeburt aus der Taufe gehoben, haben sie künstlich aufgebauert und gehäufelt. Seit über zwanzig Jahren ist die deutschgelbe Bewegung am Werke, aber wo und wann hätte sie je, sei es für die deutsche Arbeiterchaft, sei es für die Gesamtheit des deutschen Volkes, auch nur den geringsten Erfolg erzielt, sein Ansehen, seinen Ruf gehoben! Bildete ihre Existenz, ihre Tätigkeit im Dienste des volkschädigenden Kapitalismus schon früher einen dunklen Fleck auf dem Schilde der Nation, so hat sie ihr, seitdem die Deutschgelben Sakenfrenzer, Genossen der reichsdeutschen faschistischen Totschläger- und Mörderbanden geworden sind, gehäufte Unehre, Schmach und Schande aufgeladen. Dem Ausbeutertum, das sich selber international zusammengeschlossen hat, zu Gefallen, verhöhnen die Deutschgelben den „internationalen sozialistischen Humbug“, alles Streken, dem internationalen Ausbeutertum die internationale Einigkeit des Proletariats entgegenzustellen, begeifern sie und lügen es in einen „Vollverrat“ um. Das hinderte sie nicht, kürzlich dem Zusammengehen mit den tschechischen Kommunisten und tschechischen Nationalsozialisten das Wort zu reden! Ein Ansinnen, das die besagten Parteien allerdings als plumpe Demagogie erkannten und mit Ekel ablehnten!

Die Deutschgelben wollen auch „sozialistisch“ sein! Welch ein perfider Mißbrauch und welche Schandung des Wortes! Wollte man sie als „sozialistisch“ ansehen, so müßte man auch die Faschistengarde Mussolinis und die Banden der Gejas und Pronay als solche

Fiume — das Pulverfaß Mitteleuropas.

Samstag der kritische Tag.

London, 13. September. (Wolffbureau.) Professor Gilbert Murray, der südafrikanische Delegierte beim Völkerbund, hat ein Telegramm an die Vereinigung für den Völkerbund geschickt, in dem es heißt, daß die Lage mit Bezug auf Fiume sehr gefährlich sei. Wenn der Völkerbund nicht interveniere, so würden Italien, Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn in Mitleidenschaft gezogen. Es lägen bereits militärische Pläne einiger Balkanmächte vor.

Der Truppenaufmarsch im Gange?

London, 13. September. (Wolff.) Zu dem Korfu- und dem südslawischen Probleme schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, in diplomatischen Kreisen habe gestern die Ansicht vorgeherrschet, daß die Lage im Südosten Europas von Stunde zu Stunde ernster werde.

„Daily Express“ schreibt, das italienische Ultimatum in der Fiumefrage laufe am nächsten Sonnabend ab. Es würden bereits aus den Landesteilen nördlich von Fiume Truppenzusammenziehungen gemeldet. Wenn Italien seine Forderung einer unverzüglichen Regelung des Streites nicht ändere, so scheine ein Krieg unmittelbar bevorzustehen.

Belgrader Beratungen.

Belgrad, 12. September. In der heutigen Ministerratssitzung referierte Ministerpräsident

gesten lassen, denn diesen Edlen sind die Deutschgelben, wenn sie auch eine andere Trikolore tragen, zum Verwechseln ähnlich. Worin besteht denn ihr „Sozialismus“? Als die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterchaft noch schwach war, war es eine der Hauptaufgaben der Deutschgelben, die in ihren Reihen durch Unternehmerterror hineingetriebenen indifferenten Proletarier bei Lohnkämpfen Streikbrecherdienste verrichten zu lassen. Das würde ihnen heute übel bekommen, darum suchen sie die Arbeiter der Kapitalistenklasse wenigstens politisch ans Messer zu liefern. Gelänge es ihnen, die Arbeiter politisch einzufangen: die Schaffsur durch das Unternehmertum könnte beginnen. Ihr „Sozialismus“ tobt sich in der klönnigsten Einstellung des „Marxismus“ aus, als den sie die albernsten Ammenmärchen ausgehen, mit denen man kleine Kinder fähret, und dem sie als ihre „sozialistische Forderung“ die — Erhaltung des Privateigentums entgegenstellen. Also: auch Erhaltung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln! Das heißt, die heutige Unrechtsordnung soll fortbestehen bleiben, ebenso wie die Möglichkeit der Ausbeutung und ökonomischen Herrschaft der Wenigen über die Vielen, der Menschen über die Menschen! Welches Herz der Mehrheitskinder freut sich nicht über einen solchen „Sozialismus“, der sich so liebevoll bemüht, die Ausbeutungsprivilegien zu erhalten!

Sie wollen schließlich eine „Arbeiterpartei“ sein! Aber ist die deutschgelbe Gesellschaft überhaupt auch nur eine „Partei“? Eine Partei im Sinne eines Programms, auf das sich folgerichtig ihre Taktik aufbaut? Was ist denn echt und wahr an ihren Bestrebungen, außer dem schändlichsten Arbeiterverrat? Sind sie eine „Klassenpartei“, oder eine „Ständepartei“, oder eine „Volkspartei“ — sie wissen es selbst nicht und streiten sich in ihren Reihen darüber herum, ob sie ihre Leimpindeln nur für die „Arbeiter“, oder für „alle Stände des deutschen Volkes“ austrecken sollen. Heute heißt es: wir müssen Klasseninteressen führen, morgen stellen sie den Klassenkampf als böseartige „jüdische Erfindung“ hin. Im Parlament zertrümmern sie den Deutschparlament

Paris über seine Pariser Mission. Er verständigte die Kabinettsmitglieder ausführlich über seine Konferenz mit Poincaré und den italienischen und englischen Botschaftern über die Fiumaner Frage. Wie diese Berichte gelaute und welchen Eindruck sie gemacht haben, konnte die Öffentlichkeit nicht erfahren. Einzelne Minister erklärten später den Journalisten, daß sie mit den Berichten des Ministerpräsidenten vollkommen zufrieden seien. In der Sitzung wurde die schon gemeldete Nachricht bestätigt, daß Frankreich bezüglich einer friedlichen Lösung der Fiumaner Frage Jugoslawien bereitwillig Hilfe leisten wird und diesbezüglich in Rom bereits vermittelte hat.

In der heute abends stattfindenden Ministerratssitzung wird Dr. Rybak, der Chef der jugoslawischen Delegation, ausführlich über die letzten Sitzungen der paritätischen Kommission berichten. Einen Beschluß über die weitere Haltung in der Fiumaner Frage wird die Regierung erst nach Erhalt einer Verständigung über das Resultat der französischen Intervention fassen.

Die Arbeitslosenungebungen in Dresden.

Berlin, 13. September. Die Blätter berichten, daß in Dresden noch immer ziemlich Erregung herrsche. Gestern durchzogen fast den ganzen Tag Demonstranten die Stadt. Sie erzwangen mehrfach die Schließung von Cafés und Gaststätten. Ein Teil der von den Kommunisten ultimativ erhobenen Forderungen wurde erfüllt, da der Dresdner Polizeipräsident das Demonstrationsverbot aufhob.

tarischen Verband und verlegen den „Schwerpunkt“ des Kampfes „nach außen“, doch laun ist dies geschehen, wehklagen sie, der Verband sei „zu früh“ gesprengt worden und rufen nach seiner Wiederherstellung. Zuerst gaben sie das nationale Selbstbestimmungsrecht als ihr Ziel aus, um es seit einiger Zeit als „Donquixoterie“ zu verspotten und das „reale“ Selbstverwaltungsrecht an seine Stelle zu setzen. Sie treiben Judenpresserei, dann wieder erwägen sie, ob es nicht doch besser wäre, die Juden als „Volksgenossen“ anzuerkennen und den Antisemitismus aufs Eis zu legen. Heute: „Kampf bis aufs äußerste“, morgen: Abschwanken von Dr. Lodgman, weil ihnen dieser zu radikal ist. Es ist wie im Kino: jeden Montag ein neues Programm. Wer den regellosen Haufen von Landsknechten der Kapitalistenklasse als „Partei“ ansehen will, der ist um den Geschnack nicht zu beneiden. Und gar „Arbeiterpartei“! Ihre Anhänger scharf setzt sich der überwiegenden Mehrheit nach aus „Intellektuellen“, richtiger: solchen, die es gerne sein möchten, zusammen. Konfuse Kleinbürger, aus dem Geleise geworfene „geistige Arbeiter“, deren Intelligenz nicht hinreicht, die kleinste ökonomische und soziale Tatsache zu erfassen und die sich im Schimpfen auf die Juden auslebt, Wirkköpfe, Querulanten, das ist der Hauptstod der Befürmer des „nationalen Sozialismus“, den die Deutschgelben propagieren. Aber Arbeiter? Denkende Arbeiter, deren Gehirn nicht in regelloser Unordnung sind, wo sind die bei den Deutschgelben? Seit mehr als zwei Jahrzehnten suchen sie der Sozialdemokratie wenigstens Teile der manuellen Arbeiterchaft abwendig zu machen, aber außer dem Fang einer Zahl von Indifferenten und aus unserer Partei hinausgeworfenen Subjekten war der Erfolg aller ihrer Liebeswerbungen bei der wirklichen Arbeiterchaft gleich Null. Durch den von den tschechischen Machthabern aufgepeitschten Nationalismus ist die Hoffnung bei den Deutschgelben erweckt worden, ihr Weizen werde bei den Gemeindevahlen blühen. Die deutsche Arbeiterchaft wird den Klassenverratern die Antwort geben!

Was eine sozialdemokratische Gemeinde leistet*).

Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge einer sozialistischen Gemeindeverwaltung.

Der Krieg und seine Nachwirkungen haben alle Gemeinden furchtbar erschüttert. Sie haben nicht nur die Finanzen ruiniert, sondern auch die Menschen. In Wien, der Reichshaupt- und Residenzstadt der alten Habsburgermonarchie starben im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, 32.314 Menschen, aber im Jahre 1918, dem letzten Kriegsjahre, mußten 51.497 Menschen an die „Segnungen des Stahlbades“ glauben! Dafür wurden aber auch im Jahre 1913 noch 41.000 Geburten gezählt, während im Jahre 1918 nur mehr 21.127 Kinder zur Welt kamen! Dazu kam noch eine hundertprozentige Zunahme der Kindersterblichkeit. So glücklich, so zufrieden hatte der Krieg im Hinterlande gewütet. Da setzte die Wut des Volkes die christlichsoziale Stadtverwaltung hinweg und die Wiener Sozialdemokratie mußte versuchen, das gigantische Werk eines Wiederaufbaues der Volksgesundheit unter den schwierigsten Verhältnissen zu vollbringen.

Es war eine zermürbende, eine harte Arbeit, aber sie wurde geleistet. Vier unermüdlicher, nie rastender Schaffensfreude haben dem Volk von Wien gezeigt, was proletarischer Willen vermag.

Heute begleitet die fürsorgende Hand der Gemeinde das Kind von seinem Eintritt in das Leben an. Das städtische Jugendamt beaufsichtigt sowohl die Säuglinge, als auch die größeren Kinder. In Wien wird kein Mensch geboren, von dessen Geburt nicht die Anzeige durch die Hände der städtischen Fürsorgerin geht. Aber es geht auch kein Kind verloren, ohne daß die Gemeinde nicht versucht hätte, es der Gesellschaft zu erhalten. Nicht weniger als dreizehn Mutterberatungsstellen werden von der Gemeinde erhalten, in denen von sachkundigen Ärzten die Säuglinge unentgeltlich untersucht werden. Die Stadt Wien wurde in 142 Jugendfürsorgeprengel eingeteilt und in jedem Sprengel arbeitet eine amtliche Fürsorgerin. Ihre Aufgabe besteht nicht nur in der fortwährenden Fürsorge für die bedürftigen Kinder, sondern sie übt auch die Schulfürsorge aus. Alle Kinder, für die niemand sorgt, kommen in die städtische Kinderübernahmestelle. Dort werden sie auf die einzelnen Kinderheime, je nach dem Alter aufgeteilt, bis für sie eine passende Familienpflege gefunden wurde. Für die Kinder, die in Familienpflege gegeben werden, bezahlt die Gemeinde einen Pflegebeitrag von 450.000 Kronen monatlich. Die kranken Kinder, für die niemand zahlen kann, kommen auf Gemeindefalten in Heilanstalten. In 57 Kindererholungsstätten für Kleinen ohne Bezahlung täglich ein Frühstück und ein Mittagessen.

Die sozialdemokratische Stadtverwaltung hat auch die Schulfürsorge ausgebaut, die unter der bürgerlichen Verwaltung vollständig vernachlässigt worden war. Nicht weniger als 41 Schularzte wirken an den Wiener Schulen. Unter sozialdemokratischer Verwaltung wurden sieben Schulzahnkliniken eingerichtet, die für die gesamte Behandlung der Zähne der Schulkinder zu sorgen haben. Die Eltern haben für jedes Kind jährlich bloß 2000 K (1 Kz) zu bezahlen. Als die ausländischen Hilfsaktionen ihre Tätigkeit einstellen, die der Gesundheit des Nachwuchses dient, im Jahre 1923. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung hat auch fünf Kinderfreizeiter eingerichtet, sie hat eine Jugendwanderherberge geschaffen, die Waisenhäuser und Erziehungsanstalten im modernen Geiste umgestaltet und in den Bezirksjugendämtern eigene Beratungsstellen für die Eltern schwer erziehbarer Kinder eingerichtet. So arbeitet die sozialdemokratische Stadtverwaltung, von dem Grundsatz beseelt, daß das kostbarste Gut des Volkes, unsere Kinder, behütet und daß sie

* Siehe die Nummer 213 des „Sozialdemokrat“ vom 13. September.

zu brauchbaren Kämpfern für eine schönere Zukunft heranwachsen sollen!

Vorbildlich ist die Wiener Stadtverwaltung auch in ihrem Kampfe gegen die Tuberkulose. Heute bestehen in Wien sechzehn Tuberkulosefürsorgestellen. Als die Sozialdemokraten die Verwaltung der Stadt übernahmen, verfügte sie über kein einziges Bett für erwachsene Tuberkulosekranke! Heute stehen 2500 Plätze für Tuberkulosekranke der Gemeinde zur Verfügung! Sie schickt heute so wie im Frieden, die kleinen unschuldigen Opfer einer kapitalistischen Ordnung, bis nach San Pelagio und Luffingründe in Italien, damit sie ihre angegriffene Lunge im Süden härten, und gibt in diesem Jahre mehr als 20 Milliarden Kronen für die Tuberkulosebekämpfung aus. Man kann diese gewaltige Leistung der sozialdemokratischen Stadtregierung wohl dann am besten ermessen, wenn dieser Summe die Leistung der bürgerlichen Staatsregierung auf diesem Gebiete gegenübergehalten wird, die für ganz Deutschösterreich im Jahre 1923 für die „Bekämpfung“ dieser furchtbaren Volkspeste 1.1 Milliarden Kronen ausgab! Das ist also ein Zwanzigstel dessen, was die Gemeinde in der gleichen Zeit für den gleichen Zweck widmet!

Auch die alten, arbeitsunfähigen Arbeiter und Frauen, die unter der bürgerlichen Verwaltung als „Befränder“ gekennzeichnet und mit einer Wasserfuppe abgespeist wurden, brauchen unter sozialdemokratischer Verwaltung nicht mehr betteln gehen! Erhaltungsbeiträge von 90.000 bis 250.000 Kronen monatlich und einen monatlichen Mietzuschlag von 10.000 Kronen gewährt die Stadtverwaltung heute nicht weniger als 26.000 Leuten! Christlichsoziale „Fürsorge“ hat diese Leute mit sechs Kronen monatlich abgespeist. Für die in der geschlossenen Armenpflege befindlichen 11.589 Wiener und Wienerinnen sorgt die Gemeinde, im Gegensatz zu früher,

in vorbildlicher Weise. Im letzten christlichsozialen Verwaltungsjahre betrug die Sterblichkeit in Wien 34 Prozent! Im Jahre 1922 gelang es der sozialdemokratischen Verwaltung, durch eine ordentliche Hygiene die Sterblichkeit auf 17 Prozent herabzubringen! Im Frieden betrug die Sterblichkeit in dieser Anstalt 18 Prozent, so daß klar ersichtlich ist, wie sehr dort verwalter wird!

Erst unter sozialdemokratischer Verwaltung wurden in Wien eine Trinkerheilstätte, Beratungsstellen für Geschlechtskranke, eine Eheberatungsstelle und ein Berufsberatungsbüro eingerichtet, alles notwendige soziale Einrichtungen, die aber von der bürgerlichen Verwaltung vollständig vergessen worden sind.

An der Leistung der Gemeinde Wien für Wohlfahrtspflege kann man ersehen, wie eine sozialistische Stadtverwaltung dieses wichtige Gebiet bearbeiten muß. Was eine, die Reichen rücksichtslos erfassende proletarische Steuerpolitik herbeiführt, das wird in erster Linie für die Aufzucht einer neuen gesunden Generation und für die Bekämpfung und Heilung der Schäden, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung der Gesundheit der Besitzlosen zufügt, verwendet. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, in der Zeit der gesunden Wirtschaft und des Ueberflusses, haben die Christlichsozialen für das gesamte Armenwesen der Stadt Wien rund 23 Millionen Goldkronen ausgegeben. Zehn Jahre später, im Jahre 1923, nach einem verlorenen Krieg und in einem wirtschaftlich zerstörtesten, seiner natürlichen Hilfsquellen beraubten Lande, gibt die sozialdemokratische Verwaltung Wien für die Erhaltung der Gesundheit für die Wohlfahrt der Wiener Bevölkerung rund 32 Millionen Goldkronen aus! Wahrhaftig, diese Leistung, vollbracht in einer Zeit der schwersten Not, ist ein voller Sieg sozialistischer Kommunalpolitik!

Führer, Redakteur, Parteisekretär u. d. Zielen mit Juden besetzt“ sind. Das ehrenwerte Blatt vertritt mit keinem Wort, woher es diese „statistische“ Ausstellung bezogen hat, wer sie herausgab, wann und wo sie erschien — kurzum, über alles Entscheidende hüllt sich das besagte „Deutsche Volksblatt“ in dunklem Schweigen. Daß die Sozialdemokratie durch und durch verjudet ist, schreibt man uns jeden Tag entgegen. Aber 95 Prozent Juden — das gibt zu denken. Das „Deutsche Volksblatt“ in Komotau kann sich mit leichter Mühe ein Verdienst um die Entjudung der deutschen Sozialdemokratie erwerben, wenn es uns sein „statistisches“ Material zur Verfügung stellt. Wir hoffen, daß uns Presse und Partei des Herrn Lodgman diese Bitte im Interesse der fünf Prozent sozialdemokratischer Nichtjuden nicht abschlagen wird.

Brünner „Morgenpost“, „Montagsblatt“ und „Tagespost“.

Brünn hat das besondere Glück, im „Montagsblatt“ die edelste Blüte am Girsbaum der Salzkammersee, in der „Tagespost“ das unerreichte Musterexemplar steriler Volksverdummung zu besitzen. Die beiden Blätter sind einander würdig, sie ergänzen einander in moralischer und geistiger Beziehung. Amüßant ist es, daß sogar ein Blatt wie die Brünner „Morgenpost“ sich gegen die beiden Blätter zu erheben vermag, sich von ihnen moralisch zu isolieren strebt. Die „Morgenpost“ ist seit der grauesten altösterreichischen Zeit ein Organ der Regierung gewesen und wurde aus der Regierungskrippe gestiftet. Nunmehr nennt es sich ein „deutsches unparteiisches Tagblatt“, behauptet, ausschließlich von seinen Abonnenten erhalten zu werden und unterstützt die Regierungspolitik, weil es dies für seine „dankbare nationale Aufgabe“ hält. Den Vorwurf der beiden Blätter wegen seiner Stellung zur Regierung behandelt es in einem längeren Artikel, in dem es gegen Schluß heißt: „Wir haben vor kurzem erst in Erfahrung gebracht, daß die „Tagespost“ mit der Regierung — na, sagen wir — auf ganz gutem Fuße stand und ihr gegenüber gar nicht so spröde war, wie sie jetzt tut. Unsere Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen, aber wir werden nicht ermangeln, so wie wir das Schlußglied der Erhebungen in Händen haben werden, mit dem ehrenwerten Blättern in aller Öffentlichkeit ein kräftiges Wortlein zu reden.“ Vom Brünner „Montagsblatt“ erzählt die „Morgenpost“, daß sie nicht nur in derselben Druckerei hergestellt wird, sondern auch vielfach dieselben Artikel bringt, daß häufig der Satz des einen Blattes für das andere stehen bleibt. Das macht sich bei dem antiferital gebärdenden Blatte besonders schön. Aber mit der Benützung der gleichen „geistigen“ Quelle ist natürlich auch praktisch ein Zusammenhang oder doch eine Abhängigkeit von jener trüben Quelle gegeben, die uns aufzuhellen die „Morgenpost“ verpricht. Diese Zusammenhänge würden uns nicht überraschen. Nehmen doch die bayrischen Pokentwähler, diese vom Brünner „Montagsblatt“ bewundern Helden, Geld vom französischen „Erbseinde“, um die Ermordung von Deutschen damit zu bewirken. Hat doch das Brünner „Montagsblatt“ seinerzeit Inzeratengelber, die von der ungarischen reaktionären Regierung stammten, für die Unterstützung der Horthyregierung gegen die Ansprüche Deutschösterreichs auf Burgenland genommen. Die politische Einheitsfront, welche die deutschbürgerlichen Parteien allenthalben gegen die deutsche Sozialdemokratie schließen, ist wahrlich nichts Ueberraschendes. Sie findet ihre psychologische Erklärung in der stillen Einheitsfront ihrer Presse und wir zweifeln nicht daran, daß ein Spezialstudium, das der Erforschung dieser Zusammenhänge nachginge, den Brünner Fall als ein Illustrationsfaktum ähnlicher Beziehungen in der ganzen Republik nachzuweisen vermöchte. Aber es ist wahrlich kein Vergnügen, im Sumpfe der deutschbürgerlichen Politik und der deutschbürgerlichen Journalistik zu wühlen. Die freche Entrüstung der deutschbürgerlichen Presse, daß die deutschen Arbeiter selbst eine Koppelungsgemeinschaft mit dieser Gesellschaft scheuen, nimmt sich bei Aufzeichnung des Charakters dieser Parteien höchst seltsam aus. Es ist für uns eine wirkliche Ehre, daß sich die deutschbürgerliche Einigkeit mit all ihren moralischen Besonderheiten gegen uns kehrt.

Surtig gelogen.

Der gestrige „Vorwärts“ bringt in großer Aufmachung einen spaltenlangen Artikel, mit der Ueberschrift, „Sozialdemokratische Helden holen die Polizei in eine Wählerversammlung“, worin des langen und breiten Auseinandergesetzt wird, wie unser Genosse Josef Luitpold Stern auf einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Gablonz von seinem kommunistischen Namensvetter Viktor Stern natürlich in Grund und Boden geredet wurde, worauf sich die vernichteten Sozialdemokraten schließlich gar nicht mehr anders vor der „Wucht“ der kommunistischen Argumente zu schätzen wußten, als daß sie die Polizei herbeiholten, um feststellen zu lassen, daß sage und schreibe ein anwesender Kommunist ein Jugendblüher und daher noch kein Wähler sei. Aus lauter Feigheit hätten sodann die Sozialdemokraten gar nicht mehr gewagt, auf die Ausführungen Viktor Sterns überhaupt noch zu antworten. Diese Darstellung im „Vorwärts“ liest sich für einen guten Kommunisten sehr hübsch, ist aber leider vollständig falsch. Die Versammlung wurde von uns zu Ende geführt; nach dem Reserate Luitpold Sterns folgte

sich der kommunistische Redner kühn über die halbe Stunde Redezeit hinweg und sprach lustig ganze fünf Viertelstunden, worauf ihm die in ihrer Mehrheit sozialdemokratische Versammlung endlich das Wort entzog. Dies benutzten kommunistische Jugendliche, um zu randalieren, wobei sie von anderen Kommunisten, die aus der gerade beendeten kommunistischen Versammlung kamen, bestens unterstützt wurden. Schließlich gelang es ihnen, den Saal zu besetzen. Da dies natürlich nicht ohne Lärm abging, kam ein in der Nähe stehender Polizist herbei, um sich nach der Ursache dieses Lärmes zu erkundigen, griff aber weiter überhaupt nicht ein. Daß unsere Genossen ihn herbeigerufen hätten, ist eine aufgelegte Lüge.

Nationalsozialistische Helden.

Als der Kommunist Wünsch aus der Komotauer Versammlung über die wir gestern berichteten, mit dem Juge nach Auffig heimfuhr, wurde er in einem Waggon von einer Truppe von Nationalsozialisten, welche von auswärts gekommen waren, umringt und tödlich bedroht. Zunächst suchte man ihn am Verlassen des Waggons zu verhindern. Bei diesen Leuten befand sich auch der nationalsozialistische Sekretär Prosk. Als Wünsch den Waggon verließ, um sich der Stänkeren zu entziehen, wurde er von einigen solchen Helden durch das Fenster angespuht. In Brüx stieg der „Sturmtrupp“ aus und erging sich in lebhaften Ruf: „Nieder mit den Juden!“ Wünsch! usw. Prosk und noch zwei seiner Anhänger kamen neuerlich in den Waggon herein und einer von ihnen verpackte Wünsch einen Schlag mit der Faust ins Gesicht.

Der „Bund der Landwirte“ — ein Bund der Großgrundbesitzer.

In den Kreisen der kleinen Landwirte und Händler versichern die Agitatoren des Bundes der Landwirte, daß der Bund die Partei der kleinen Leute sei und daß in ihren Reihen für die Großgrundbesitzer kein Platz sei. Das hat bekanntlich die Kreisleitung des Bundes der Landwirte in Trautau nicht gehindert, den Wunsch auszusprechen, daß sich der Bund aus nationalen Gründen des Großgrundbesitzes annehmen müsse, da die deutsch-nationale und christlichsoziale Partei daselbst sei. Und bei den gegenwärtigen Gemeindevahlen in Tüppelsgrün kandidiert an der Spitze des Bundes der Landwirte der Großgrundbesitzer Weber-Hohengrund. Die Stimmen der kleinen Bauern und Händler sollen also dem Großgrundbesitzer zu einem Mandat verhelfen, damit er seine Interessen in der Gemeinde besser wahren kann.

Ein Aufruf der tschechischen Gewerkschaften.

Die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission wendet sich an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft zu den Gemeindevahlen in einem Aufruf, in dem unter anderem ausgeführt wird: Die Arbeiter- und Angestelltenchaft darf nicht übersehen, daß es in diesen Wahlen auch darum geht, die Demokratie in den Gemeinden zu erhalten. Der Stimmzettel ist ein modernes Mittel des Fortschrittes, wenn er richtig verwendet wird. Er darf deshalb nur für die Arbeiter- und sozialistischen Parteien abgegeben werden. Die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission anerkennt, daß unter den Mitgliedern der ihr angeschlossenen Verbände die Angehörigen verschiedener sozialistischer Parteien sind und sie wird deshalb Unparteilichkeit bewahren. Sie empfiehlt aber den gewerkschaftlich organisierten Wählern, mit dem Stimmzettel nicht Parteien zu unterstützen, die die gewerkschaftliche Einheit spalten. Geht deshalb zu den Wahlen und wählet so, wie ihr als Sozialisten wünschet, daß eure Gemeinde ausbleibt und wirkt. Wählet Sozialisten, welche in der Gemeindevirtschaft die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen vertreten und die die Einheit und Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung nicht zerstören.

Die 28 Getreuen des Herrn Dr. Flachbarth.

Herr Dr. Flachbarth, dessen Kandidatur auf der Liste des Prager deutschpolitischen Arbeitsbundes dazu dienen soll, die Stimmen der ungarischen Soldatenwähler, die diesen Herrn natürlich nicht kennen, für die deutschbürgerliche Liste einzufangen, wollte heute eine Heerschau über seine Getreuen abhalten und berief eine Wählerversammlung für sieben Uhr abends ins „Kreuz“ ein. Um acht Uhr waren erst ganze acht und zwanzig Leute, die Referenten einbezogen, anwesend. Damit ist offenbar zur Gemüte der stolze Anspruch dieses Erwachten Ungarn bekräftigt, daß das ganze Prager Ungarum hinter ihm und dem von ihm gebildeten Wahlausschuß steht!

Genossinnen und Genossen! Gedenket des Wahlbonds!

Die Gemeindevahlen.

Lüge und Fälschung — ihre einzigen Kampfmittel.

Das Typische an den Wahlkampfmethoden unserer Gegner ist deren beinahe bedauernde Wertlosigkeit. Da es ihnen allen zusammen — den Deutschbürgerlichen aller Schattierungen bis hinab zu den Selben — sowohl an sachlichen Argumenten gegen die Sozialdemokratie als auch an dem nötigen Geist gebricht, der ja Argumente zur Not ersetzen könnte, wiederholen sie sich ständig in denselben Lügen und Fälschungen. Es ist darum auch bis zu einem gewissen Grade verworrene Mühe, aufstehenden Verleumdungen die Wahrheit entgegenzusetzen, da ja immer, wenn eine Lüge von gestern heute von uns widerlegt wird, sich dennoch morgen ein Duzend neuer Schriftsteller findet, die dieselbe Lüge trotz aller Nichtigstellungen wiederholen. Vor etwa acht Tagen schon haben wir die alberne Behauptung eines nationalsozialistischen Flugblattes widerlegt, daß Genosse Cernal während des Krieges Leiter eines Lebensmittelvebandes der Kriegsindustriellen gewesen sei. Das hinderte aber den Duxer „Tag“ nicht, gestern dieselbe Lüge in fetten Lettern nochmals breitzutreten. Mangel eines wirksamen Agitationsstoffes gegen die Sozialdemokratie holt sich eben dieser Duxer „Tag“ seinen Wahlkampfstoff einfach aus der Luft. So behauptete er, daß Genosse Papelt, der Turner Bürgermeister, bei einer Wählerversammlung in Züdenhof von einem Genossen mißhandelt und auf die Straße geworfen worden sei. Daran ist kein Wort wahr. Weder ein Genosse noch sonst ein Versammlungsmitglied hat den Genossen Papelt auch nur berührt. Ohne angegriffen oder auch nur beschimpft worden zu sein, verließ Genosse Papelt nach Schluß der Versammlung mit etlichen Genossen das Lokal. Die Tatsache, daß Genosse Papelt dem „Tag“ und der übrigen halentzerrischen Presse, die jenem die Lüge nachdruckte, eine Berichtigung auf Grund des Paragraphen 19 des Pressegesetzes einhandte, wird den Lesern dieser famosen Blätter wohl einiges über deren Wahrheitsliebe zu denken geben. Inzwischen wird aber der erfundene Angriff auf den Genossen Papelt — so leben die Argumente unserer Gegner gegen den Sozialismus aus! — ihre Runde durch die ganze Schriftleiterpresse angetreten haben. In jüngster Zeit haben die Selben übrigens einen ganz neuen Kniff zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgefunden. Sie machen alte, längst vergessene Tatsachen in ihrer Presse so auf, daß es den Anschein erweckt, als ob es sich um ein neues Ereignis handeln würde, mit dem sie dann gegen uns kreben gehen. So meldete der Duxer „Tag“ in der Vorwoche, daß bei der Betriebsratswahl in einem Lohofsteter Unternehmen die Selben einen Sieg über die Sozialdemokraten davongetragen hätten. Dieser einzige „Erfolg“, den die Selben seit Jahr und Tag zu verzeichnen haben, stammt bereits aus den ersten Sommermonaten dieses Jahres, wurde schon damals im „Tag“ und in der gesamten deutschbürgerlichen Presse breitgetreten und auch von uns aus den besonderen lokalen Verhältnissen erklärt. Mangel neuer Erfolge kramen die Nationalsozialisten den alten Säger aus, streichen ihn für die geschätzte Wählerchaft frisch an und die gesamte bürgerliche Presse meldet freudestrahelnd einen neuen Sieg der Selben aus Lohofst. Eine unendliche Reihe solcher Beispiele könnten wir anführen, die alle auf denselben Seiten passen und die alle beweisen, in welcher verächtlicher Weise unsere Gegner sich dar-

über wegzuhelfen versuchen, daß sie unserem Programm, unserer Weltanschauung nichts Wirksames entgegenzusetzen vermögen. Ihr Geistreichthum lange nicht einmal zu einer sachlichen Kritik der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler und so führen sie eben den Kampf mit plumpen Lügen und Fälschungen.

Nationaldemokratischer Fabrikantenterror.

In Lin hat Bata — wie wir bereits berichtet haben — eine eigene Kandidatenliste aufgestellt. Natürlich ohne Zustimmung der Angestellten, die als Kandidaten auf dieser merkwürdigen Kandidatenliste fungieren. Doch — Widerspruch gibt da nicht, wer nicht pariert, der fliegt aus der Fabrik heraus. Arbeiter, die auf der tschechisch-nationalsozialistischen Kandidatenliste standen, mußten auf Drängen der Liner mächtigen Schuhfabrikanten ihre Kandidatur widerrufen. Die bürgerlichen Freiheiten in Lin werden von Bata einfach aufgehoben. In einem Liner Hotel fragte ein Gast den Hotelbesitzer, was er mit dem Bataflugblatt, das in dem Hotel aufschlag, tun solle, worauf dieser entgegnete, er möge damit tun, was er wolle. Diese Antwort wußte schon abends Bata und für alle seine Angestellten wurde der Verkehr in diesem Hotel gesperrt. Die kommunistische Partei verbreitete in Lin ein Flugblatt gegen Bata, welches aber von den Bataleuten überall „beschlagnahmt“ wird. Außerdem hat die Gendarmerie mit den Verbreitern des kommunistischen Flugblattes ein Protokoll aufgenommen, während Bata täglich tausende Flugblätter ungehindert kolportiert. Wählerversammlungen der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei in Lin sind unmöglich, weil die Versammlungslokale von Bataanhängern besetzt werden und jede Versammlung unmöglich gemacht wird.

Einen weiteren Fall unerhörten nationaldemokratischen Fabrikantenterrors meldet das „Oeste Slovo“ aus Senftenberg. Der Fabrikant Lid hat nach Art Batas in den Wahlkampf eingegriffen. Sein Fabrikdirektor forderte die Arbeiter auf, sich nach der Arbeit am Hofe der Fabrik zu versammeln, wo ihnen ein Vortrag über die Gemeindevahlen gehalten werden würde. Die Arbeiter ließen sich aber auf diese Weise nicht einsperren, weshalb der Direktor zu einem drastischen Mittel griff. Als am nächsten Tage die Arbeiter aus der Fabrik gehen wollten, waren die Tore der Fabrik geschlossen. In der so entstandenen Arbeiterversammlung hielt der Direktor eine Rede, in der er die sozialistischen Parteien heftig angriff. Schließlich las er eine Kandidatenliste vor, welche er von den Versammelten zur Abstimmung bringen ließ. Es mußten begreiflicherweise alle Arbeiter für diese Liste stimmen, weil etwaige Oppositionelle aus der Arbeit herausgeschoben wären. „Jeder, der für diese Liste am 16. September seine Stimme nicht abgeben würde, soll aus der Arbeit entlassen werden.“ So verkündete der Senftenberger Fabrikant. Allerdings sind die Arbeiter vor einem solchen Vorgehen durch das Wahlgheimis geschützt.

Deutschnationale Statistik.

Das Komotauer „Deutsche Volksblatt“, eines der äbelschleimundbeten deutschnationalen Organe, meldete dieser Tage, daß nach einer „statistischen“ Ausstellung 95 Prozent aller marxistischen

Inland.

Eine unglaubliche Entscheidung des Schulministeriums.

Ein Brünner deutscher Realschuldirektor, der trotz der schwersten gegen ihn erhobenen Beschuldigungen weiter auf seinem Posten belassen wird.

Am 12. Mai 1923 überreichte der Gau Brunn des Verbandes deutscher Mittelschulprofessoren beim Ministerium für Schulwesen und Volkshochschule eine Beschwerde gegen den Direktor Kott der ersten deutschen Staatsrealschule in Brünn. In dieser Eingabe wurden dem Direktor Kott Korruption, Mißbrauch seiner Stellung zur persönlichen Bereicherung, Geschenkannahme usw. vorgeworfen. Einzelne Fälle wurden genau angeführt (Zulassung zur Kriegsmatura gegen Zeichnung von Kriegsanleihe, die aber die Schüler dann nie zu Gesicht bekamen, widerrechtliche Aneignung größerer Beträge, die er von den Schülern einlassieren ließ u. a.).

Am 15. Mai v. J. ersuchte sodann Direktor Kott die Vertreter des Verbandes, die Eingabe ans Ministerium zurückzugeben, wogegen er sich schriftlich verpflichtete, sofort auf Urlaub zu gehen und nie mehr auf seinen Posten zurückzukehren. Diese über Wunsch des Direktors Kott verfasste Erklärung mit der eigenhändigen Unterschrift des Direktors Kott ist im Besitze des Gau Brunn des Verbandes deutscher Mittelschulprofessoren.

Vom Mai 1923 bis 31. August 1923 war Direktor Kott beurlaubt. Eine Einvernahme der Verbandsfunktionäre ist innerhalb dieser Zeit nicht erfolgt, obwohl nur sie allein in stande gewesen wären, über die Richtigkeit und den ganzen Umfang der gegen Kott gerichteten Beschuldigungen Auskunft zu geben.

Am 1. September 1923 hat Direktor Kott wieder die Leitung der ersten deutschen Staatsrealschule über Auftrag des Ministeriums für Schulwesen und Volkshochschule übernommen. Vom Landesdirektor kam an die Direktion gleichzeitig ein Erlaß folgenden Inhaltes: Brünn, am 27. August 1923. Direktor Kott, Rechtfertigung wegen der vom Verein „Verband deutscher Mittelschulprofessoren, Gau Brunn“, erhobenen Beschwerden. Der Direktion der ersten deutschen Staatsrealschule in Brünn. Das Ministerium für Schulwesen und Volkshochschule hat zufolge Erlasses vom 18. August 1923, 3. 69.313/23—11 die Rechtfertigung des obgenannten Direktors zur Kenntnis genommen und auf Grund der Begleitakten eingesehen, daß sich dieser weder als Direktor der ehemaligen deutschen Landesoberrealschule in Leipzig, noch in seiner derzeitigen Stellung irgend eine Verletzung der allgemeinen und der lehramtlichen Pflichten, wie sie die Lehrerdienstpragmatik vorschreibt, hat zu schulden kommen lassen und daß ihm durch die Verleihung einer leitenden Stelle bewiesene Vertrauen gerechtfertigt hat. Er wird beauftragt, mit 1. September l. J. die Leitung der Anstalt wieder zu übernehmen. Hieron wird die Direktion und der Lehrkörper in Kenntnis gesetzt. Veran m. p.

Und so macht Direktor Kott, allerdings nur nach seiner „Rechtfertigungsschrift“ von den schwereren Vorwürfen gereinigt, seit 1. September d. J. wieder Dienst.

Die gesamten Schulmänner Brünns meiden den außeramtlichen Verkehr mit Direktor Kott, der im Bewußtsein seiner Schuld kaum die Direktionskanzlei verläßt.

Wir fragen den Unterrichtsminister, wie er eine solche Behandlung einer deutschen Mittelschule erklären kann. Ohne denjenigen, welche die schweren Beschuldigungen erhoben haben, die von ihnen gewünschte Gelegenheit zum Beweise ihrer Behauptungen zu geben, spricht er den Beschuldigten frei. Er tut es ohne Rücksicht darauf, daß Direktor Kott durch sein Verhalten

im Mai wie durch sein jetziges Verhalten sein Schuldbewußtsein zum Ausdruck bringt. Welches sind die wahren Gründe, aus denen sich eine der beschuldigten deutschen Mittelschulen die moralische Belastung durch einen so schwer beschuldigten Direktor gefallen lassen muß?

Minister Nowak Rede vor den Wahlen. In einer Versammlung der Karolinentaler nationaldemokratischen Lokalorganisation sprach Handelsminister Nowak über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Er führte aus, daß die gesunde Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens dadurch getrieben werde, daß stets aus wirtschaftlichen Fragen eine politische Sache gemacht werde. Masins Politik und Finanzplan werde einmal die Geschichte werden, die uns unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit für künftige Zeiten gesichert hat. Wenn wir verständig wirtschaften werden, wird es uns gelingen, auch die staatlichen Ausgaben der Deflationspolitik anzupassen. Voraussetzung hierzu ist die Erhaltung des Budgets im Gleichgewicht, und zwar durch Sparmaßnahmen in der staatlichen Verwaltung. Der Minister versicherte die Verammlungsteilnehmer, daß im Ministerium von einer Herabsetzung der Bezüge der Staatsbeamten nicht gesprochen wurde, daß diese Herabsetzung nicht beabsichtigt und auch nicht möglich sei, insofern die Lebenserfordernisse nicht so ermäßigt werden, daß die Staatsbeamten geordnet leben können. Durch Ausdauer und Opferwilligkeit haben wir eine Arbeit geleistet, die uns vor den verderblichen Folgen einer unverständigen Politik, wie sie Deutschland betriebe hat, bewahrt hat und es ist die Zeit nicht fern, wo diese Arbeit uns gute Früchte bringen wird. In seinen weiteren Ausführungen versicherte der Minister, daß er sich ehrlich bestreben werde, daß die Gewerbetreibenden das erhalten, was ihnen mit Recht gebührt; er teilte weiter mit, daß das Budget des Handelsministeriums von 101 auf 28 Millionen Kronen gekürzt ist und daß von 7 Automobilen bloß 2 geblieben sind, die das Ministerium dringend benötigt. Der Exportindustrie dürfe man nicht vorschreiben, wo sie sich Rohstoffe und Halbfabrikate beschaffen soll, aber man müsse stets Rücksicht darauf nehmen, daß nicht überflüssige Sachen eingeführt werden. Wir müssen uns bemühen, den Gewerbetreibenden und Industriellen die billigste Produktion zu ermöglichen. Die privaten Unternehmungen müssen ihre Vorkriegsposition wahren. Also sprach Nowak vor den Wahlen.

Dr. Soukup und die Kommunisten. Senator Dr. Soukup wurde vom kommunistischen „Rude Pravo“ verschiedener Wohnungsverhältnisse beschuldigt, die er sich zugunsten hoher staatlicher Funktionäre in seiner Eigenschaft als Justizminister im Kabinett Tuzar angeblich hat zuschulden kommen lassen. Dr. Soukup erklärt nunmehr im „Pravo Lidu“, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur des „Rude Pravo“ die Ehrenbeleidigungslage überreichen werde. Das „Rude Pravo“ erklärt, die Anzeigen anzunehmen und verspricht die Durchführung des Verfahrens.

Ausland.

Polnische Wirtschaft.

Die polnische Presse ist seit einiger Zeit voll von Gerüchten über den bevorstehenden Abschluß einer großen englischen oder amerikanischen Auslandsanleihe. Tatsächlich haben auch in Warschau und außerhalb Polens Verhandlungen über eine derartige Anleihe stattgefunden. Verfehlt ist sie jedoch offenbar noch nicht.

An und für sich wäre Polen wohl in stande, die Last einer Auslandsanleihe zu tragen. Polen hat nach Beendigung des Krieges so viele Reichtümer durch die Entente erhalten, z. B. Oberschlesien, oder sich widerrechtlich angeeignet, z. B. die Hundertmarkscheine, die er dankbar aus der Hand fraß. Andere spendierten Rüst-, Zehn- und Zwanzigtausender. Es gab keinen Geldschein, den das brave Grantier nicht fraß. Ihm graute einfach vor nichts, nicht einmal vor der Papiermark. Unsere Geldtaschen wurden das überflüssige kleine Papiergeld los, das nach jeder Inflationswelle auf dem Boden der Portemonnaies übrigbleibt. Das Deutsche Reich wurde einen Teil seines Geldmarkts los; und im Gegenzug zu allen Anleihen und Währungsplänen machte allein der Esel mit dem Umlauf gründlich schlaf. Denn während sich heute schon die Goldanleihe so wie bisher die Markkredite der Reichsbank und wahrscheinlich auch der künftige Goldtaler in ein Spekulationsobjekt verwandeln, das zuletzt immer wieder Geld liefert und Papiergeld hervorbringt, hatte allein der Esel das Mittel gefunden, das Papiergeld definitiv verschwinden zu lassen, ohne es auf eine andere Weise wieder zu produzieren. Was aus seinem Papiergeld wurde, macht keinem Finanzminister mehr Sorge. Es hat das einzige probate Mittel, die Inflation los zu werden, angewandt. Freilich satt und dick wurde er dabei nicht. Das ist nicht die einzige Rechtfertigung des Inflationssystems mit den Inflationssöldnern. Auch sie merken gar nicht oder zu spät, daß sie betrogen worden sind.

Die Inflation ist heute das einzige deutsche Denk- und Gesprächsthema. Wo man hinschaut, erfährt man, wie furchtbar die Inflation bei einem Dollarstand von 60 Millionen auf das Volk eintrifft. Durch die Anschauung lernen die Massen Nationalökonomie. Sie begreifen nicht das Wesen der Inflation, aber sie spüren ihren

offiziellen Betrolenungebiet, daß es in Verbindung mit seiner agrarischen Ueberproduktion schon jetzt eine aktive Handelsbilanz, d. h. einen Ausfuhrüberschuß erzielt hat. Aber zwei Umstände erschweren Polen die Bedingungen einer Auslandsanleihe: Seine bisherige Verschuldung und seine Außenpolitik. Polen hat noch vor Kriegsende durch die Aufstellung von Truppenverbänden auf Zeiten der Entente erhebliche Schulden, vor allem bei den Vereinigten Staaten und bei Frankreich; aufgenommen, die eine Milliarde Schweizer Franken übersteigen und von deren Tilgung kaum etwas zu hören ist. Erheblich erhöht haben sich diese Auslands-Kriegsschulden durch französische Kustungsdarlehen, die Polen überdies durch seine politische Abhängigkeit von Frankreich teuer erkaufen muß. Würde Polen nun eine auf friedlichen Aufbau gerichtete Politik treiben, so wäre es trotz dieser Belastung wohl in der Lage, sein Budget und seine Währung zu ordnen. Daran denkt es aber gerade unter seiner gegenwärtigen Regierung weniger als je. Vor wenigen Monaten hat diese Regierung die Beziehungen Polens zu den Ostseestaaten gelockert, den erstrebten Anschluß an die kleine Entente verfehlt. Spannungen gegenüber Danzig und dem Deutschen Reich hervorgerufen und sich vor internationalen Instanzen empfindliche Niederlagen geholt. Die innerpolitischen Parteikämpfe sind heftiger als je. Die das Land wirtschaftlich schädigende Entendungsposition verdrängt Milliarden, und auch der Kampf gegen die oppositionelle Linke geht nicht nur auf Kosten der eigentlichen Staatsaufgaben, sondern zum Teil auch direkt aus dem Staatskassensackel. Blinder Chauvinismus und die Instruktionen aus Paris verhindern eine wirtschaftliche deutsch-polnische Annäherung, die für Polen ein Segen wäre.

Es ist begreiflich, wenn das Ausland unter solchen Umständen reale Pfänder für eine Anleihe verlangt, die Polen zweifellos nicht zu geben brauchte, wenn seine Politik mehr Vertrauen einflößen würde. Welcher Art diese Pfänder sein werden, ist noch nicht genau bekannt. Zölle und Monopole werden wohl herhalten müssen. Die oppositionelle Presse wirft der Regierung aber jetzt schon einen „Ausverkauf Polens“ an das Ausland vor. Kommt die Anleihe zustande, was nicht ausgeschlossen erscheint, so bleibt abzuwarten, ob sie Polen nicht außer wirtschaftlichen Lasten auch politische Hemmnisse auferlegt. England z. B. würde eine solche Nachstellung in Polen wohl nicht ungenutzt lassen. Um Frankreich auch in dieser seiner Domäne Schwierigkeiten zu bereiten.

Telegramme.

Unveränderte Lage im Bergarbeiterstreik.

Prag, 13. September. Der Zentralstreikauschuß der Bergarbeiter teilt heute mit: Der Streik ist unverändert. Die Verhandlungen über das vom Ministerium für öffentliche Arbeiter zugesandte Ziffernmaterial wurde in der Braunkohlen-, der Pilsener, Schokolarer und Adonoeer Sektion fortgesetzt. Die Verhandlungen werden morgen fortgeführt werden.

Revierkonferenz in Lagn.

Währ.-Ostau, 13. September. Heute fand in Lagn eine Revierkonferenz der Gruppenvorstände und Betriebsratsmitglieder statt, wobei die einzelnen Betriebe Referate erstatteten. Auch die Mitteilungen des Zentralstreikauschusses wurden zur Kenntnis gebracht. Es wurde konstatiert, daß in einigen Unternehmungen Kohlenmangel für die Kesselhäuser besteht, so daß die Kasse hierfür aus anderen Betrieben antransportiert werden muß. Die gesamten Kohlenvorräte des Revieres dürften für 10 bis 12 Tage für die Kesselhäuser ausreichen. Ungefähr ein Drittel der

Betrag, unter der Regierung des „Ehrbaren Kaufmanns“ ist dieser Betrag zur unrentablen Funktion des täglichen Lebens geworden. Es gibt kaum noch einen Geschäftsbetrieb, und mag er aus nur im Kauf eines Stückchens Wurst, einer Pilsenmarke oder eines Paletchens Margarine bestehen, bei dem nicht der Käufer oder der Verkäufer der Betrogene ist. Bald kauft man unter, bald über dem Wert. Zum Werte zu kaufen, ist einfach nicht mehr möglich, weil das Geld, das doch nur als unveränderlicher Wertmesser einen Sinn hat, seine Beständigkeit verloren hat.

In Deutschland kann man jetzt fast nur noch nach dem Index kaufen. Es gibt keinen nennenswerten Laden mehr, in dem man fragen kann: Was kostet das und wo man direkt einen Preis zur Antwort erhielt. Fast alle Preise haben zwei Faktoren, einen Grundpreis, der (angeblich) fest ist, und eine Indexzahl, die bisher wöchentlich, jetzt schon täglich, von morgen ab vielleicht alle drei Stunden wechselt. Der Verkäufer schaut nach der Auszeichnung und sucht nun in gedruckten Tabellen, welcher Preis sich bei der Multiplikation von Grundpreis mit Indexzahl ergibt. Die verschiedenen Verbände sorgen mit aufernehmenswertester Schnelligkeit dafür, daß zugleich mit dem neuen Index auch die Ausrechnungstabellen fertig sind und versandt werden. In den größten Warenhäusern hat jede Verkäuferin ihre Tabelle. Der Verfall Deutschlands ist noch immer besser organisiert als in andern Ländern der Aufstieg. Aber was diese Organisation wert ist, — dahinter sind jetzt schon die entragierten Organisationen gekommen. . .

Kohleöfen wurden außer Betrieb gesetzt. Während der heutigen Beratung griffen 52 Delegierte in die Debatte ein, die alle einmütig konstatierten, daß die Bergarbeiterschaft bereit sei, den Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

Die Sozialdemokraten gegen Stresemanns inneres Arbeitsprogramm.

Berlin, 31. September. (Eigenbericht.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers findet in der deutschen Presse eine verschiedenartige Beurteilung, je nachdem ihr augen- oder innerpolitischer Teil behandelt wird. Das Rechtspreßblatt behauptet, daß Stresemann den passiven Widerstand eigentlich schon aufgegeben habe und sie lehnt sein Reparationsprogramm als zu weitgehend ab. Die Blätter der Koalitionsparteien dagegen stimmen den Ausführungen über die Außenpolitik und über die Versuche zur Lösung der Ruhrfrage rückhaltlos zu. Umgekehrt akzeptieren die rechtsstehenden Blätter die innenpolitischen Darlegungen Stresemanns, insbesondere das, was über das Arbeitsprogramm gesagt hat. Auch die Blätter der bürgerlichen Regierungsparteien stimmen mit dem innenpolitischen Programm des Reichskanzlers völlig überein. Auf sozialdemokratischer Seite muß dagegen das, was Stresemann über die Steigerung der Arbeitsleistung gesagt hat, auf die schärfsten Bedenken stoßen. Er hat sich nicht ganz eindeutig über diese Frage ausgesprochen, aber wenn er von einer überstürzten Preis- und Lohnpolitik spricht, wenn er die Steigerung der Arbeitsleistung in Zusammenhang bringt mit der Arbeitsintensität und Arbeitszeit und wenn er indirekt die Arbeiter beschuldigt, durch Minderleistung den Staat zu schädigen, so nähert er sich in besorgender Weise den Anschauungen des Stinnesflügels seiner Partei, der ganz offen die Vergrößerung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit verlangt. Auch die Sozialdemokratie tritt für Steigerung der Arbeitsintensität ein; diese darf aber nicht erreicht werden durch Verlängerung der Arbeitszeit, die nur eine vergrößerte Ausbeutung der Arbeiter mit sich bringen würde, sondern durch Verbesserung der technischen Einrichtungen in den Betrieben. Gerade hierin hat es das deutsche Unternehmertum völlig fehlen lassen; die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt suchte es lediglich durch die Herabdrückung des Arbeitslohnes und die Ausnutzung der Jussation zu erhalten. Es wird also notwendig sein, daß über diese Stelle der Kanzlerrede größere Klarheit geschaffen wird, denn die Sozialdemokratie wird es niemals zugeben, daß von der Regierung die Vergrößerung der Produktion durch die Vereinfachung des Achtstundentages zu erreichen gesucht wird.

Sozialdemokratische Opposition gegen die Teilnahme an der Regierung.

Berlin, 13. September. (Eigenbericht.) In der sozialdemokratischen Partei macht sich eine ziemlich lebhaft Opposition bemerkbar, die darauf hinweist, daß das Kabinett Stresemann bisher nicht die Erwartungen erfüllt habe, welche die Mehrheit der Reichstagsfraktion und der Partei im allgemeinen bei Eintritt in die große Koalition gehegt hatte. Die Opposition unter Führung des Genossen Paul Levi, wünscht eine Revidierung des Beschlusses zur Teilnahme an der Regierung und die Einberufung eines Parteitages. Dem „Vorwärts“ macht die Opposition zum Vorwurf, daß er sich allzusehr auf die Unterstützung der Regierungspolitik einstelle und die Vertretung der proletarischen Interessen vernachlässige.

Die Kritiker an der Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei irren insofern, als die bisherige

Der Inflations-Esel.

Von Felix Stöffinger (Berlin).

An der Dampferhaltestelle eines kleinen Ostseebades, das durch Gerhart Hauptmann eine literarhistorische Bedeutung bekommen hat, amüsierten sich die Kurgäste um 6 Uhr abends, wenn der tägliche Dampfer kam, auf eine lustige und doch grausame Weise. Einmal stand wieder wie gewöhnlich eine dicke Menge an Land und drängte sich an den Zeitungsvendekäufer heran, um eins der wenigen Zeitungsbelegblätter, die es gab, zu erwischen. Ohne Streit ging es da nie ab. Man hatte nicht genug großes, nicht genug „kleines“ Geld zu wechseln. Um die Geldscheine gab es immer eine kleine Verwirrung. Aber diese Verwirrung löste sich einmal in allgemeines Gelächter aus. Denn wie der stürmische Nordwind es schwer machte, das Hausen Papiergeld beisammenzuhalten und er in die großen Zehntausendmarkscheine wie in Schnupftücher hineinblies, da flatterte ein Hausen von diesem Gelde weg und trieb wie weißes Laub über den Boden. Ein großer Schein blieb schließlich im Grate liegen, gerade vor den Füßen eines Esels. Der Esel bückte sich, schnupperte an dem Zehntausender und — und fraß ihn. Er laute tüchtig, zuletzt blieb noch die Unterschrift von Hauptmann an seinem Maule kleben, die er sich schließlich ableckte und mit herunterwürgte. Dieser Bissen schien ihm besonders schwer zu fallen. Aber man kann sich denken, welches Fallo es gab. Sofort drängte sich ein Hausen an den Esel, um ihn zu füttern. Die ärmeren gaben ihm Zehn- bis

Die Inflation betrügt nach beiden Seiten. Obwohl die große Masse nur Inflationsoberflieger zu sein scheint, ist fast jeder auch zu einem Bruchteil Inflationsgewinnler. Die Preise der Post, der Eisenbahn, die Steuern, die Mieten sind von einer komischen Niedrigkeit. Notizzbücher sind mir schon lange zu teuer. Ich verwende nur noch Postkarten. Das Postkartenformular kostet auch nach dem neuen Septembertarif 2000 Mark, das ist nach dem Kurs der Tschekenkrone vom 7. September ein Achtel Heller. Dagegen kostet in jedem Papiergeschäft das winzigste und schäbigste Notizzbuch viele hunderttausend Mark. Aber was leistet sich die Post noch! Am 13. Juni ließ ich mir einen Telephon-Nebenanschluß legen. Die Rechnung dafür bezahlte ich nach Vorlage sofort — Ende August! In dieser Rechnung für die technischen Arbeiten ist der Meter Inflation mit 72 Mark berechnet, obwohl kein Mensch mehr seit etwa 1 Jahre mit einem Zweimarkstück etwas anfangen kann. Die Rechnung, die ich zu zahlen hatte, lautete auf 29.484 Mark. Ich sende 29.490 Mark ein und erhalte von der Post tren in einem Dienstkuvert (Dienstporto 30.000 Mark) sechs Mark! retonr! Der Einmarkschein, der mir gefandt wurde, hat heute einen Druck- und Papierwert von mindestens fünfzigtausend Mark. So etwas ist kein vereinzelter Schildbürgerfreud. Es geschieht täglich, in Millionen Fällen! So beschäftigen sich unsere Beamten, für deren Quartalsabrechnung die Reichsbank weit über hundert Billionen zur Verfügung stellen muß.

Amstzeit des Kabinettes Stresemann viel zu kurz bemessen ist, als daß sich daraus ein Urteil über die Nichtigkeit der Teilnahme an der großen Koalition bilden lassen könne.

Die kommunistische Presse widmet diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit und versucht, ihre Bedeutung weit über Gebühr aufzubauschen. Die „Rote Fahne“ bringt spaltenlange Berichte über die Absichten der Opposition und ermuntert sie lebhaft, die Meinungsverschiedenheit so weit zu treiben, daß eine neue Spaltung unvermeidlich erschiene. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die Kommunisten ihre Hoffnungen auf die Auswirkung der oppositionellen Kritik werden begraben müssen. In der deutschen Sozialdemokratie hat es von jeher Meinungsverschiedenheiten gegeben und wenn sie in sachlicher Form ausgetragen wurden, hat die Partei stets Vorteile davon gehabt. Es denkt jetzt niemand in der deutschen Sozialdemokratie daran, die Einigkeit aufs neue zu sprengen, und der kommunistische Versuch, die sozialdemokratische Partei in ähnlicher Weise zu unterminieren, wie es mit der unabhängigen Partei geschah, wird nach den bisherigen Erfahrungen der letzten Jahre keinen Erfolg haben.

Stresemanns Vorschläge im Spiegel der Presse.

Die Pariser Presse.

Paris, 13. September. (Havas.) Die heutigen Pariser Blätter besaßen sich mit der gestrigen Rede des deutschen Reichskanzlers Dr. Stresemann und halten sie im allgemeinen für einen Fortschritt gegenüber der in Stuttgart gehaltenen Kanzlerrede; sie läßt aber trotzdem zu viel Punkte im Dunkeln, als daß sie im wesentlichen die Lage ändern würde. Die Blätter äußern ihr Bedauern darüber, daß der deutsche Reichskanzler gleich seinen Vorgängern daran festhält, daß die vorübergehende Nennung des Ruhrgebietes eine Bindung seiner Angebots ist. Der „Matin“ fügt seinem Artikel hinzu, daß das Ruhrgebiet nach Maßgabe der Zahlungen Deutschlands geräumt werden wird.

Die deutsch-nationale Heppresse beginnt ihr Aeskreiben.

Berlin, 13. September. Die gestrige Rede des Reichskanzlers wird nur von einem Teile der Morgenblätter ausführlich kommentiert, während sich die übrigen Zeitungen ihre Äußerungen für heute abends vorbehalten. Die mit Spannung erwarteten Ausführungen des Reichskanzlers über die Auseinandersetzung mit Frankreich begegnet in der deutsch-nationalen Presse großem Optimismus. Die „Auenzeitung“ schreibt: Stresemann will sich trotz aller ablehnenden Erfahrungen der Erfüllungspolitik auf das Letzte, was das deutsche Volk noch besitzt, werfen.

Uneingeschränkte Zustimmung findet die Rede Stresemanns in der Presse der Koalitionsparteien. Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht die Bedeutung der Rede, die durch die Anwesenheit sämtlicher in Berlin weilenden Mitglieder des Reichskabinetts als bedeutsamer Regierungsakt bezeichnet worden sei. Die „Vossische Zeitung“ faßt ihr Urteil über die Rede Stresemanns in folgenden Worten zusammen: Die ganze Rede des Reichskanzlers hat den Willen zu einer Verständigung mit Frankreich. Auch die maßgebenden Persönlichkeiten in Frankreich müßten sich von dem Gesichtspunkte lösen lassen, daß es jetzt gelte, den Frieden zu wollen und ihn zu erhalten, daß es jetzt darauf ankomme, durch eine Politik der Gerechtigkeit die nationalen Leidenschaften zu beschwichtigen und damit eine Voraussetzung für den wirklichen Frieden zu geben.

Der „Vorwärts“ wendet sich mit folgenden Worten an die Adresse Frankreichs: Frankreich ist vor die Frage gestellt, ob es über einen Teil Deutschlands herrschen oder ob es bezahlt sein wolle. Die französische Regierung hat stets erklärt, sie wolle keine Annexionen, sondern be-

zahlung. Wenn sie ihr Wort wahr machen will, dann sind wir auf dem Wege der Verständigung, andernfalls aber marschieren wir in den toten Ruin und in Zustände hinein, die nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle Völker zu verhängnisvollen Interessen haben.

Blutige Plünderungen in Bentzen.

Bentzen, 13. September. (Voss.) Im Anschluß an Feuerungsbedingungen wurden heute mittag einzelne Kaufleute gezwungen, ihre Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Vereinzelt wurden auch Waren geraubt. Die Polizei stellte die Ordnung vorübergehend wieder her. Nachmittags drang die Menge in mehrere Geschäfte ein und versuchte zu plündern. Die von der Menge bedrohte Polizei gab etwa 50 Schüsse ab, wodurch eine Person getötet, eine schwer verletzt und zwei leicht verletzt wurden. Etwa 10 Personen wurden verhaftet.

Ein militärischer Putch in Spanien.

Barcelona, 13. September. (Havas.) Gouverneur Primo Derivera hat eine Proklamation erlassen, in welcher er die Regierung beschuldigt, das Land in den Tod zu führen, und gleichzeitig verlaublich, daß sich die Militärpartei entschlossen hat, die Macht zu ergreifen und den Belagerungszustand zu verhängen. Heute um 4 Uhr früh ist die Telephonzentrale besetzt worden. In der Stadt herrscht Ruhe. Man sieht voraus, daß die angekündigten Maßnahmen der Militärpartei ehestens werden durchgeführt werden. Das Kabinett ist schleunigst zu einer Beratung zusammengetreten.

Offener Aufruhr gegen die Regierung.

Barcelona, 13. September. (Havas.) Man erwartet, daß in den nächsten Augenblicken der Belagerungszustand verhängt werden wird, der eigentlich schon seit 3 Uhr morgens besteht, da die Militärbehörden die Zensur ausüben. Es verlautet, daß die Befestigungen in Madrid, Saragossa und Sevilla sich der Bewegung angeschlossen haben. In der Proklamation heißt es, daß Alhucemas und der Außenminister gerichtlich verfolgt werden. Es wird eine Regierung unter dem Schutze der Militärbehörden gebildet werden. Das Militär gestörte die Telephonleitungen. Da in der Proklamation die Anhänglichkeit an den König bekundet wird, kann man dafür halten, daß die Bewegung gegen die Regierung und nicht gegen den König gerichtet ist. In einer weiteren Meldung heißt es, daß der Außenminister bereits in San Sebastian gefangen genommen worden sei.

Madrid, 13. September. (Havas.) Um 10 Uhr 45 Minuten wurde gemeldet, daß sich die Besatzung von Barcelona und anderen Orten in offenem Aufruhr gegen die Regierung befindet.

Madrid, 13. September. (Havas.) Es verlautet, daß sich die Garnison von Bilbao erhoben habe.

Belagerungszustand in Barcelona.

Paris, 13. September. Die „Agence Havas“ meldet aus Barcelona: Um 11 Uhr 15 Minuten vormittags ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Stadt hat ihr normales Bild nicht geändert. General Vojhoda hat die Regierung der Provinz Barcelona übernommen und den Gouverneur abgelöst. In den katalonischen Provinzen hat sich das Militär der Regierung bemächtigt. Die Bewegung scheint in Katalonien auf keine Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Wie es sich in den übrigen Teilen des Landes verhält, ist noch unbekannt. Die Polizei und die Gendarmrie scheint sich mit den neuen Zuständen abgefunden zu haben. Das Rathaus und das Gerichtsgebäude der Provinzialverwaltung sind bisher vom Militär nicht besetzt worden.

Die Erklärung des Ministerrats.

Paris, 13. September. Havas meldet vom 13. d. M. aus Madrid: Der gestern nachmittags zusammengetretene Ministerrat hat bis in die

Ein Gegenstand zu diesen staatslichen Inflationen und Inflationen sind die Inflationen, die der Staat durch Vorauszahlungen einbehält. Seit vier Wochen haben wir zum drittenmal neues Porto. Wenn wirklich ehrlich gerechnet würde, müßte jeder berechtigt sein, die Briefmarken, die er schon besitzt, aufzubringen. Technisch ist das allerdings sehr schwer durchzuführen. Infolgedessen hat der Staat beim Einkauf der Marken von uns das gute Geld bekommen, das damals nach seiner Berechnung zur Beförderung sagen wir eines Briefes notwendig war, hat uns dafür eine Marke gegeben, auf Grund der wir nun ein Anrecht auf die Beförderung eines Briefes haben, verweigert aber plötzlich die Briefbeförderung, obwohl er das dafür ausreichende Geld längst erhalten und ausgegeben hat. Genau so ist es mit vorgelaufen Eisenbahnkarten, aber natürlich nicht nur beim Staat, sondern auch bei der Untergrundbahn und schließlich bei vielen anderen Stellen. Es herrscht ein perpetuum mobile des Betruges. Was für eine Moral das erzeugt, braucht man nicht zu schildern. Wir sind täglich ihre Opfer.

Eine Möglichkeit, sich vor dem Inflationenbetrug zu retten, ist jedoch rein zu halten, gibt es nicht. Hat man doch nicht einmal das Mittel gefunden, sich eine werbeständige Bezahung durch seine Kunden zu sichern. Selbst die Nachnahmeforderung nützt nichts mehr. Da man

das Recht hat, sie acht Tage liegen zu lassen, ist diese bisher sicherste Form, schnelle und gute Zahlung zu erzwingen, zu einem neuen Betrugsmittel des Zahlers geworden. Natürlich wird es großzügig und gemein allenfalls angewandt. Da aber jeder als Käufer die Zahlung hinauschiebt, um sie mit schlechterem Geld loszuwerden, der Verkäufer daher immer neue Entwertungsausschlüsse einführt, ist es zuletzt ein Glücksspiel, ob der Verkäuferaufschlag mit der Inflationsüberleistung des Käufers fertig wird. Die Betrogenen sind beide. Denn jeder ist einmal Konsument und einmal Produzent; jeder ist gleichzeitig Preis- und Zahlungsbetrüger. Und jeder wird zuletzt um alles betrogen. Bevor der Scheck gutgeschrieben, bevor das Geld ausgehändigt und vor allem, bevor es wieder angelegt ist, ist es entwertet, ist jeder enteignet. Davor schützt die schlimmste Arbeitshege nichts. Es gibt nur ein Mittel: Spekulation à la baisse. Damit arbeitet ganz Deutschland, bis es an seiner eigenen Baisse zugrunde geht.

Der Zahlentwahn hat uns alle hier so benebelt, daß man vom Werte des guten Geldes gar keine Vorstellungen mehr hat. Was zehntausend Mark im Frieden waren, weiß man nicht mehr. Für wie niedrige Summen Goldmark man ein Klavier, ein Haus, einen Anzug, ein Auto, eine Schlafzimmereinrichtung kaufen konnte, ist einfach vergessen. Daher werden alle „Grundpreise“, die eine Art Goldmark vorstellen sollen,

ersten Morgenstunden verhandelt und nachher folgende Erklärung veröffentlicht: Der Generalkapitän von Barcelona hat in der vergangenen Nacht von sich aus den Kriegszustand erklärt und sich der Nachrichtenmittel bemächtigt. Er hat die Generalkapitane der übrigen spanischen Landesteile aufgefordert, seine Haltung zu unterstützen. In diesem Zwecke hat er eine an die Provinzen gerichtete Rundgebung erlassen, in der er erklärt, die Armee verlange zur Rettung Spaniens vom König, daß er sich von den derzeitigen Ministern trenne. Die Militärmacht einiger Landesteile soll geneigt sein, den gleichen Weg der Auflehnung zu betreten. Die Regierung, die in Permanenz verat, erfüllt ihre Pflicht, die darin besteht, auf ihrem Posten zu bleiben. Sie wird sich nur mit Gewalt von diesem Entschluß abbringen lassen, wenn die Urheber des Auftrufes sich entschließen sollten, sie mit allen ihren Folgen anzuwenden. Der König wird heute abends in Madrid ankommen.

Das Wüten der bulgarischen Reaktion.

400 Kommunisten verhaftet.

Sophia, 13. September. Gestern um fünf Uhr früh wurden hier alle kommunistischen Führer und Unterführer verhaftet. Gegen 400 ähnliche Verhaftungen erfolgten gleichzeitig in ganz Bulgarien. In den Klubs wurden die Archive beschlagnahmt. Die Kommunisten, welche aus den Betten herausgeholt wurden, leisteten keinen Widerstand. Nur einige der kommunistischen Führer sind entkommen oder befinden sich im Auslande.

Der Grund der Verhaftung ist eine Information der Regierung, nach welcher die Kommunisten für den 17. September einen Umsturz vorbereitet und im Einvernehmen mit Moskau die Macht an sich reißen wollten. Die Verhaftungen bildeten für die Öffentlichkeit eine Ueberraschung. Die Ansicht der Staatsmänner über die Zweckmäßigkeit des Schrittes ist geteilt. In Sophia und der Provinz herrscht vollkommene Ruhe. Die Sobranien werden nach einer Neuzugung des Ministerpräsidenten Jankow nicht später als am 11. November stattfinden.

Zum Attentat auf die italienische Mission.

Prag, 13. September. Die griechische Gesandtschaft in Prag erklärt, daß die Nachrichten der römischen Telegraphen-Agenturen über den Vorsitzenden der griechischen Delegation bei der Delimitationskommission für die albanisch-griechische Grenze, Obersten Bogaris, vollständig gegenstandslos sind. Es ist nicht wahr, daß Oberst Bogaris sich in Verkleidung auf Korfu aufgehalten habe und auch die Nachricht von seiner Entlassung ist nicht richtig. Oberst Bogaris wurde nur aus diplomatischen Gründen nach Athen abberufen.

Die Gesandtschaft teilt weiter mit, daß in der Umgebung von Janina albanische Banden auftauchen, welche die Bevölkerung derart terrorisieren, daß es niemand wagt, an der Enthüllung des Attentats auf die italienische Mission behilflich zu sein.

Ein Dementi der Brager italienischen Gesandtschaft.

Prag, 3. September. (AP.) Die italienische Gesandtschaft in Prag teilt mit: „Die in der hiesigen Presse kursierenden Gerüchte über das jüngste Ultimatum, welches die italienische Regierung Jugoslawien gestellt hat, über Konzentrierung italienischer Truppen an den Grenzen von Fiume und über Auslieferung von Waffen und Munition in Warna zwecks leichter Abrüstung des bulgarischen Heeres und der mazedonischen Banden zwecks Bedrohung Jugoslawiens, entbehren jeder Grundlage.“

viel zu hoch angelegt. Bei der Indermultiplikation kommen dann vielfache Weltmarktpreise heraus. Auch vom Auslandsgeld hat man ganz künstliche Vorstellungen bekommen. Man möchte nicht einen, nicht hundert, sondern tausende Dollar verdienen. Eine Zahl unter einer Million interessiert nicht mehr. Zweihunderttausend Japaner getötet? Raum hört man hin. Der Dollar 60 Millionen. Was können uns da vier Friedensjapaner interessieren! Alles das sind Demoralisationserscheinungen der Inflation.

Das schlimmste an der Inflation ist die Erbitterung und der Lebensüberdruß, den sie überall erzeugt. Nichts kann man mehr ohne stundenlanges Anstehen, ohne die ärgerlichsten und kostbarsten Zeitverluste tun. Einem jeden ist Gram und Sorge ins Gesicht geschrieben. Das laute und häßliche Vergnügungsleben kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie bitter und lustlos es im Herzen der ungeheuren Mehrheit aussieht. Niemand wird seines Glückes froh und auch die großen Kriegs-, Revolutions-, Abrüstungs-, Friedens- und Ruhrgewinnler dürften mehr von Sorge erfüllt sein, wie sie ihren Raub wahren sollen, als von der Freude an seinem Besitz. Auch der kleine Mann ist milliardär geworden durch ein bisschen Hausrat, Kleiderreste und Papiergeld. Als er hundert Mark im Monat hatte, ging es ihm besser. Das Geld ist uns zum Fluch geworden und ganz Deutschland sinnt darauf, sich von ihm zu befreien.

Tages-Neuigkeiten.

„Barmherzige Schwestern“.

Die franke Dienstmädchen im Nonnenhospital „behandelt“ werden.

In dem Krankenhause „U Alzhätinek“ (Elisabetherinnenhospital) in den Supper Gränden in Prag II. sind zumeist Dienstmädchen untergebracht. Die Zustände in diesem von Nonnen geleiteten Krankenhause sind — wie aus den Schilderungen einer ehemaligen Patientin dieses Krankenhauses hervorgeht — direkt skandalös zu nennen. Ein Dienstmädchen, das mit Unterleibsblutungen in dieses Krankenhause gebracht wurde, befand sich tagelang ohne ärztliche Pflege. Als sie einige Tage nach ihrer Einlieferung von ihrer Dienstgeberin besucht wurde, teilte sie dieser mit, daß sie zwar weder untersucht, noch behandelt worden war, daß sie aber bereits zur Beichte und Kommunion gehen mußte. Jedes Dienstmädchen, das in dieses Spital gebracht wird, muß beichten und zur Kommunion gehen, widrigenfalls man ihr mit der Entziehung der Verpflegung droht. Die Mädchen werden — ob sie nun schwer krank sind oder nicht — täglich um fünf Uhr früh aufgeweckt und zum Besuche der Anstaltskirche angehalten.

Es wäre dringend zu empfehlen, die unerhörten Zustände in diesem von Nonnen geleiteten Krankenhause durch die berufenen Organe zu untersuchen, denn es geht nicht an, daß die krank und hilflos gewordenen Dienstmädchen der Billfür gefühlloser Beschwestern ausgeliefert werden.

Der Wiederaufbau Tokios.

In Osaka ist ein kaiserliches Reskript, betreffend den Wiederaufbau der Hauptstadt Japans veröffentlicht worden. Das Reskript befaßt sich zunächst mit dem katastrophalen Charakter des Erdbebens, welches als ein noch nicht dagewesenes nationales Unglück charakterisiert wird, und wendet sich sodann an das Volk, mit dem größten Eifer tätig zu sein und sich den angeordneten wirksamen Maßnahmen zu unterwerfen, damit das Ausland wieder Vertrauen zu Japan gewinne. Ferner wird dringend nicht bloß der Wiederaufbau, sondern auch die weitere Entwicklung Tokios gefordert, welches das politische und wirtschaftliche Zentrum Japans und die Hauptquartelle der japanischen Zivilisation war. Für den Wiederaufbau der Hauptstadt ist bereits eine besondere Organisation geschaffen worden. Schließlich appelliert das Reskript an die vereinigten Bemühungen der Regierung und der Bevölkerung betreffs der Ernährung der von der Katastrophe Betroffenen, der Beseitigung beunruhigender Gerüchte und der Wiedergeburt der nationalen Stärke.

Die Bekämpfung der unästhetischen Literatur.

Die von Frankreich unter den Auspizien des Völkerbundes einberufene Konferenz zur Bekämpfung der unästhetischen Literatur genehmigte in ihrer Schlußsitzung den endgültigen Text eines internationalen Abkommens, dem bereits 22 Staaten zugestimmt haben und welches bis 31. März 1924 von allen anderen Staaten unterzeichnet werden kann.

Eine Sterbefassa des Bundes proletarischer Freidenker.

Am seinen Anhängern sowie aller Konfessionslosen die Feuerbestattung zu ermöglichen, hat der Bund proletarischer Freidenker eine Sterbefassa errichtet. Diese untersteht sich vorteilhaft von allen ähnlichen Institutionen in folgendem: Die Aufnahme des Mitgliedes erfolgt ohne ärztliche Untersuchung bis zum 70. Lebensjahre. Die Einzahlung der Beiträge, die nach dem Alter des Mitgliedes abgestuft sind, ist auf höchstens 15 Jahre beschränkt. Die Auszahlung der Sterbefasssumme erfolgt gegebenenfalls sofort nach Einzahlung der ersten Monatsrate. Genaue Informationen erteilt Josef Lahmer, Aulfig, Rippelstraße 36.

Der Mörder des Kapitän Hanika festgenommen.

In der Nacht auf den 5. d. M. wurde, wie seinerzeit berichtet, im Wandersfeld der Brünnener Division zwischen Svitarla und Sebranz der Kapitän des Brünner 43. Infanterieregimentes Hanika, durch zwei Revolvergeschüsse von rückwärts getötet. Anfänglich war die Ursache der Tat unklar; im Verlaufe der Untersuchung trat aber immer deutlicher zutage, daß es sich um eine Ehe-, bezw. Liebestragödie handelte, und es wurde die 21jährige Gattin des Ermordeten sowie deren Mutter, eine frühere Sebamme, in Haft genommen, da der Verdacht überhandnahm, daß beide am Morde mitbeteiligt seien. Als Mörder kam der 18jährige Student Johann Besele in Betracht, welcher der Mörder der verhafteten Gattin und deren Liebhaber war. Jetzt gelang es, auch diesen Studenten, der nach der Tat geflüchtet war, in der Slowakei festzunehmen. Den Revolver, mit dem Besele den Kapitän erschoss, hatte er von dessen Gattin erhalten.

Der verhinderte Selbstmord.

In Reutitzschin wurde eine Frau wegen eines Vergehens zu zwei Monaten Arrest verurteilt. Sie nahm sich dies so zu Herzen, daß sie durch das Fenster des im zweiten Stock gelegenen Verhandlungslokales auf die Straße sprang. Sie fiel auf einige, unterhalb des Fensters des ersten Stockes gespannte Leinwanddrähte des Elektrizitätswerkes, wovon zwei Starkstrom führten, nieder. Im Moment des Auffallens muß durch Berührung der Drähte sofort auf zwei Seiten Kurzschluss eingetreten sein, so daß die Selbstmordskandidatin keinerlei Spuren einer

Verbreitung erlitt. Sie lag nun auf den Drähten und konnte ohne fremde Hilfe durch das gerade offen stehende Fenster des ersten Stockwerkes wieder in das Gerichtsgebäude einsteigen. Die weitere Lust zum Selbstmord scheint ihr nun vergangen zu sein und sie befindet sich bereits wieder vollständig wohl.

Nachfröste in Westböhmen. Der starke Rückgang der Nachttemperatur, der in den letzten Tagen in Westböhmen zu verzeichnen ist, hat die Weiterentwicklung von Kropfpflanzen und Feldfrüchten gehemmt. Das Ausreifen der Kartoffelnstollen wird durch Nachfröste beschränkt.

Tod durch Kofainvergiftung. Im Hotel Palace in der Mariabillerstraße in Wien wurde ein 17-jähriges Mädchen tot aufgefunden. Ein italienischer Agent, der mit ihr die Nacht im Hotel verbracht hatte, verstandigte morgens die Polizei, die jedoch das Mädchen nur mehr tot vorfand. Als Todesursache wurde Kofainvergiftung festgestellt. Auch der Agent wies Spuren einer Kofainvergiftung auf. Die Nachforschungen haben ergeben, daß die beiden von einem Kofainhändler sich Kofain verschafft und dieses dann geschluckt hatten. Das Mädchen soll bereits seit längerem dem Kofainismus ergriffen gewesen sein.

Ein Kind als Lotteriegewinn. Wie aus New York gemeldet wird, kündigt die amerikanische Stadt Kingston eine Lotterie an, deren Verlosungspflanzen den glücklichen Gewinner ein Kind verleiht. Es ist als Prämie für denjenigen bestimmt, der beim Ertragen der Anzahl der auf der diesjährigen Jahresliste versammelten Personen annähernd die richtige Zahl trifft. Die Mütter der Stadt Kingston haben gegen den skandalösen Unfug dieser Lotterie energig die Verwahrung eingelegt.

Der Chinese darf keine Milch trinken. Die Chinesen haben Anschauungen, die oft weit von den europäischen abweichen. Als Beispiel hierfür sei eine in China erlassene Verordnung wiedergegeben, die für einen weitgehenden Tierschutz spricht: „Es wird auf das Strengste verboten, Kuhmilch zu genießen! Der Mensch hat kein Recht, das Tier seiner Nahrung zu berauben, allerwenigsten die Kuh, eines der nützlichsten Tiere. Diejenigen, die keinen Unterschied machen zwischen dem, was dem Menschen gehört, und dem was dem Tier gehört, sind böse und unmenschlich. Wer Milch verkauft, um Geld zu verdienen, kann kein reines Gewissen haben, und wer Milch trinkt, will er denkt, daß er Nutzen davon hat, ist nicht minder tadelnswert. Unter dem Vorwand, daß ihre Kinder sich von Milch nähren, wollen sie daselbe tun. Aber das Tier hat daselbe Bedürfnis. Das Tier kann nicht sprechen, sonst würde es auch daselbe sagen. Im übrigen haben Leben und Tod ihre bestimmten Grenzen! Wie soll da Kuhmilch das Leben des Menschen verlängern können? Laßt das Tier behalten, was ihm gehört, denn nur dann könnt ihr glücklich leben, ihr und eure Kinder und eure Kindeskinde!“

Kampf mit Landstreichern. Am Mittwoch wurden bei Pödersam drei verdächtige Männer von zwei Gendarmen angehalten. Da sie keine Ausweispapiere bei sich hatten, wurden sie verhaftet. Sie widerstrebten sich jedoch und griffen die Gendarmen an, wobei es zu einem Handgemenge kam. Diese Gelegenheit benutzte einer der Männer und schloß sich einem zweiten zu, der ihm jedoch von einem der Gendarmen entzogen wurde. Um seinen Kameraden zu befreien, machte der zweite Gendarm von der Waffe Gebrauch und verletzte 4 Stroch mehrere Bajonettschläge. Trotzdem gelang es den beiden Männern, zu entkommen.

Großfeuer in Ehoen. In der Nacht zum Dienstag brach in der sogenannten polnischen Kolonie in Ehoen ein Brand aus, durch den eine große Holzbaracke in Asche gelegt wurde. Durch den Brand haben achtzehn Arbeiterfamilien ihren Besitz verloren. Diese Familien, die in den Baracken unter den juchtbarsten Bedingungen wohnen mußten, besitzen nun beim Nahe der rauhen Jahreszeit überhaupt keine Wohnung.

Typhus in der Strafanstalt Bory. In der letzten Zeit ereigneten sich unter den Angestellten der Strafanstalt Bory und deren Familienmitgliedern, sowie unter den Sträflingen einige Fälle von Typhus, von dem auch einige Aufseher und der Direktor der Strafanstalt befallen wurde.

Witterungsübersicht am 13. September. Auch am Mittwoch war trübendes, heiteres, fast wolkenloses Wetter in der ganzen Republik vorherrschend. Der Mittelwert der Temperatur entspricht dem Juliennormal; die Höchsttemperaturen, die in Böhmen noch immer etwas höher liegen als in der Slowakei (Budweis und Mlawa) und Grob (C) haben die Höchsttemperaturen des vorjährigen August überstiegen. In der Slowakei sind — mit Ausnahme der Kleinen Karpaten — die Nächte, auch in den Niederungen, noch sehr kühl. Gleich günstiges, subtropisches Wetter herrscht auf dem ganzen übrigen Binnenland, außer an den Küsten der Nord- und Ostsee. Die skandinavische Depression entfernt sich nordwärts, eine neue nach westlich von Irland heran. Ein Ausläufer derselben dürfte in Böhmen Gewitterneigung veranlassen. — Wahrscheinlich Wetter am 14. September: Westen: Wechselnd bewölkt, Neigung zu Lokalgewittern. Osten: Schönwetter.

Prager Chronik.

Aus dem Volkseiferer.

In der Fabrik Kolben und Co. in Břoslaw wurde gestern der 34-jährige Zimmermann ... Prokeš, der beim Zubau für das chemische Laboratorium beschäftigt ist, von einem herabfallenden Gerüst so unglücklich zu Boden geschlagen, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Prokeš ist diesen Verletzungen während des Transportes ins Krankenhaus erlegen. — In Karlsbad wurde dieser Tage ein gewisser Alj Hub, vulgo Stelob, aus Polen festgenommen, bei dem man Wertgegen-

stände im Werte von einer halben Million fand. Man nimmt an, daß diese Wertgegenstände von Einbrüchen herkommen. — Die Prager Polizeidirektion macht darauf aufmerksam, daß sowohl am Tage vor der Wahl als auch am Wahltag selbst der Ausschank von Alkohol verboten ist. Das Verbot tritt am Freitag um zwölf Uhr nachts in Giltigkeit. Hier wird als alkoholhaltiges Getränk betrachtet. Das Publikum wird aufgefordert, an diesen beiden Tagen in den Gasthäusern keinen Alkohol zu verlangen.

Gerichtssaal.

Den Geliebten seiner Frau erschossen.

Prag, 13. September. Als der Hilfsarbeiter Anton Kuderka aus Altirraschnitz bei Prag im Frühjahr dieses Jahres erfuhr, daß er von seiner Frau betrogen werde, wartete er eine günstige Gelegenheit ab, um seine Frau mit ihrem Liebhaber, dem Hilfsarbeiter Johann Křížel aus Strašnice, auf frischer Tat zu ertappen. Als er eines Tages frühzeitig aus der Arbeit heimkehrte, fand er Křížel in seiner Wohnung mit seiner Frau in einer verhänglichen Situation vor. Es kam zu einer furchtbaren Szene. Křížel gelang es damals, rechtzeitig aus der Wohnung zu entkommen. Der betrogene Ehegatte erklärte bei der Auseinandersetzung seiner Frau, daß er sie und Křížel umbringen werde. Nach langem Bitten gelang es der Frau, von ihrem Manne Verzeihung zu erlangen, sie konnte ihn jedoch nicht davon abbringen, daß er sich an Křížel räche. Am 7. Mai begegnete um halb 10 Uhr vormittags Kuderka beim Gasthause „U Kovačů“ in Altirraschnitz dem Křížel. Er wollte ihm wegen seines Vorgehens zur Rede stellen, doch Křížel ließ sich mit Kuderka in keine Auseinandersetzung ein. Da zog Kuderka — wie die Zeugen angeben — aus der Tasche einen Revolver und gab gegen Křížel vier Schüsse ab. Hieran richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich schwer. Křížel war auf der Stelle tot.

In der Untersuchungshaft gab Kuderka an, daß er zwar den Vorfall gefühlt hatte, Křížel umzubringen, daß er aber, als er diesen am 7. Mai in Strašnice traf, die Mordabsicht schon längst hatte fallen lassen. Als Křížel, ohne ihn einer Antwort zu würdigen, plötzlich in die Tasche griff, glaubte er, daß dieser eine Waffe bei sich führe, und er habe, ohne sich seiner Tat bewußt zu sein, den vermeintlichen Angreifer niedergeschossen.

Bei der heutigen Verhandlung entschied sich die Frau des Kuderka der Zeugenaussage. Nach durchgeführter Verhandlung verneinten die Geschworenen die an sie gestellten Schuldfragen wegen Mords und Totschlags. Der Angeklagte wurde daher lediglich wegen Übertretung des Waffenpatentes zu drei Tagen Arrest verurteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt erscheint.

Eine Hochstaplernatur.

Prag, 13. September. Der 24-jährige Bankbeamte Waldrich Pilat aus Zlitzob, der beim „Spaz spolitel“ angestellt war, hat es verstanden, sich durch betrügerische Manipulationen so viel Geld zu verschaffen, daß er sich sogar ein Auto kaufen und einen Chauffeur halten konnte. Pilat hat schon im Vorjahre mit seinen Betrügereien angefangen. Er schloß ein Einlagebuch, übertrug auf dieses den Betrag eines anderen Buches und ließ das Geld — 17.200 K — durch seine Schwägerin heben. Als ihm dieses Geld in den verschiedenen Prager Kasseibankstellen abgenommen worden war, arrangierte er eine größere „Aktion“. Er fälschte einen Scheck auf die Industrialbank, verließ ihn mit falschen Unterschriften und hehob am 17. Jänner auf diesen Scheck 170.000 K. Bei der Firma Walter und Co. beschaffte er sich um 105.000 K ein Auto. Seinem Chauffeur zahlte er allerdings wenig, doch ließ er ihn die Möglichkeit, sich durch Gelegenheitsarbeiten Geld nebenbei zu verdienen. Als dem jungen Hochstapler im März das Geld ausging, entwendete er Wechselhefte und sonstige Papiere. Auf diese Weise verschaffte er sich dabei 120.000 K und kaufte sich noch ein Motorrad um 29.000 K. Als er am 13. Juni wiederum Wechselheftepapiere um 99.000 K verkauften wollte, wurde er verhaftet. — Ein Straffenat unter Vorsitz des OLG. Souček verurteilte heute den hoffnungsvollen Ränkler zu fünfzehn Monaten schweren Kerker.

Bayerischer Erzkronprinz und Innenministerium.

Prag, 12. September. Das Oberste Verwaltungsgericht hatte sich heute mit einer interessanten Beschwerte zu befassen, bei der über die Zugehörigkeit der verstorbenen Frau des Erzkronprinzen von Bayern zur Familie Habsburg entschieden werden sollte. Die Frau des Erzkronprinzen, die eine geborene von Oesterreich d'Este war, befeh in Mähren das Gut Civanowitz, das auf Grund der Friedensverträge dem tschechoslowakischen Staate zufallen hat. Der bayerische Erzkronprinz hat gegen das Innenministerium des Innern wegen dieser Beschlagnahme die Beschwerde erhoben, da nach seiner Auffassung die Frage der Familienzugehörigkeit von der Frage einer eventuellen Berufung auf den Herrscherthron grundverschieden sei. Die verstorbene Frau des Erzkronprinzen sei durch ihre Verheiratung aus der Familie Habsburg ausgeschieden, weshalb die Bestimmungen des Friedensvertrages sich nicht auf ihr Eigentum beziehen können. Das beklagte Innenministerium des Innern vertritt jedoch den Standpunkt, daß die Frau des Erzkronprinzen als Mitglied der Habsburger Familie zu betrachten sei, weil ihr auf Grund der pragmatischen Sanktion ein Nachfolgerecht auf den österreichischen Herrscherthron zugestanden habe. — Der Oberste Verwaltungsgerichtshof erklärte am 10. Jänner Verurteilung, daß das Urteil in dieser Angelegenheit am 27. d. M. um 10 Uhr vormittags verkündet werden wird.

Literatur.

J. E. Johnstone: Das deutsche Problem in der Tschechoslowakei. In den „Foreign Affairs“, dem Organ E. D. Morels, der durch seinen Kampf gegen die Lüge von der Allerschuld Deutschlands am Kriege und gegen den Versailler Vertrag weit über die Grenzen der Labour Party hinaus bekannt wurde, erschienen vor kurzem einige Aufsätze, die sich mit den politischen und nationalen Verhältnissen der Tschechoslowakei befassen. Diese Artikel sind deshalb bemerkenswert, weil sie zeigen, daß nun auch in Westeuropa die Wahrheit über die Verhältnisse in der mitteleuropäischen Demokratie durchdringt. Johnstone ist ein gründlicher Kenner der tschechischen Geschichte, weiß aber auch über die geographischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen Mitteleuropas guten Bescheid. Er verachtet, der Anschauung der Tschechen, daß ihre Republik ein Bollwerk des Friedens und der Freiheit in Mitteleuropa sei, voll gerecht zu werden, läßt sich aber durch seine demokratische Geste etwas vortäuschen. Die Vorgänge auf der Friedenskonferenz werden von ihm einer herben Kritik unterzogen und offen gibt er seiner Meinung Ausdruck, daß von einer Lösung der nationalen Frage durch den Versailler Vertrag keine Rede sein kann. Nur die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die Deutschen hätte an die Stelle des dauernden Kampfes endlichen Frieden setzen können. Wollte man aber den Deutschen dieses Recht nicht zugestehen, so hätte die Konferenz beiden Nationen Gelegenheit geben müssen, an der Schaffung des neuen Staates mitzuwirken. Nach seiner Meinung sind die Deutschen nicht mit dem völkerrechtlichen Termin der Minorität zu bezeichnen, da sie zum geschlossenen Siedlungsgebiet des deutschen Volkes gehören und außerdem an Zahl so stark sind, daß ihnen Minderleistung an der Führung der Staatsgeschäfte gebührt. Dadurch aber, daß man sie als unbedeutende Minderheit behandle, werden sie dem Irredentismus in die Arme getrieben und das Schicksal des alten Oesterreich werde so in der Tschechoslowakei von neuem. Schon im Verfassungsgefech suchten die Tschechen sich als Demokratie zu konstituieren und treiben die Deutschen damit in die Opposition. Nach denselben Prinzipien, nach denen die Verfassung geschaffen wurde, sollten die Tschechen ihre Tätigkeit in der Regierung fort, mit dem einzigen Ziel, die deutschen Gebiete zu tschechisieren. Das zeige sich besonders in den Sprachgrenzen, durch welche die Inferiorität der Deutschen besonders klar dokumentiert werde. Die Verfassung sei, soweit sie die Rechte der einzelnen Staatsbürger ordne, wohl demokratisch. Ja, sie gebe sich sogar den Anschein, als ob sie dadurch, daß sie dem Friedenvertrag Genüge leiste, die Minoritäten in eine günstige Lage versetze. Ausführlich beschäftigt sich der Verfasser mit der wirtschaftlichen Seite der verschiedenen Tschechisierungsbestrebungen. Er konstatiert, daß die Tschechen, nicht nur die Bodenreform und Eisenbahnverstaatlichung als Mittel zur Tschechisierung ansehen, sondern daß sie auch die private Kreditgewährung an die unter der Krise leidende deutsche Industrie dazu benützen, um einen genügenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu erlangen. Auch die tschechische „Kulturnot“ wird ins rechte Licht gerückt. Ein eigenes Kapitel widmet Johnstone der Unterdrückung der Pressefreiheit und der staatlichen Propaganda. Besonders rügt er die willkürliche Handhabung der Pressegesetz durch die lokalen Behörden, wofür er einige Beispiele anführt. Besonders eindringlich werden die Ausführungen Johnstones durch die vielen Einzelheiten, die er zu berichten weiß. Er hat genaue Kenntnisse über das gesellschaftliche Zusammenleben der beiden Völker und ist auch hier nicht fehl, wenn er sich durch staatliche Propaganda-institute nicht darüber hinwegtäuschen läßt, daß diejenigen, die eine Verbesserung im privaten Leben anstreben, nicht viel mehr Erfolg hatten als die Sozialisten. Für uns ist der Artikel ein erfreulicher Erfolg und wir können nur wünschen, daß er in weitesten Kreisen des In- und Auslandes Verbreitung findet. F. R.

Mus Natur und Technik.

Der nützliche Käfer. Ein beliebtes Tier ist der Marienkäfer. Meist ist er zweifärbig, wobei die eine Farbe als Grundfärbung, die andere in Punkten, Flecken oder Zeichnungen erscheint. Der nach den sieben dunklen Punkten, die seine roten Flügeldecken schmücken, Siebenpunkt genannte Käfer gehört zur Gruppe der Blattläusläufer, die sich durch Vertilgen der schädlichen Blattläuse nützlich erweisen. Weil sich die Käfer sowohl wie ihre Larven ausschließlich von solchen nähren, fällt der Nutzen, den sie stiften, um so mehr ins Gewicht. In Erkenntnis davon legte ihnen der Volksmund nicht nur mancherlei darauf bezügliche Namen bei, sondern weichte sie sogar der Gottheit, wie es die Benennungen Herrgottskäferchen, Sonnenkäferchen beweisen. Ebenso eifrig wie der Käfer selbst zeigt sich auch seine Larve, die man am häufigsten auf Kartoffelkraut findet und die oft mit dessen Larve verwechselt wurde. Den großartigen Nutzen der winzigen Tierchen im Freien erkennend, versucht man, sie zahlreich in die Wärmehäuser der Gärtnerinnen, in deren feuchtwormer Luft sich die Blattläuse ungeheuerlich mehren, einzuführen. Auch zur Vertilgung der Läuse auf den Blättern der Rosen und Blattpflanzen in Zimmern sind sie das Beste und zugleich für die Gewächse unschädlichste Mittel. Zu diesem Zweck fängt man sich auf einem Spaziergang einige dieser Käfer ein, trägt sie in einer durchlöcherichten, Luft zulassenden Schachtel heim und setzt sie auf die zu reinigenden Gewächse aus. Für die geleistete Arbeit vergesse man nicht als geringen Dank, ihnen die Freiheit wiederzugeben, wofür das Öffnen eines Fensters genügt; sie spüren den frischen Luftstrom und lassen sich bald von ihm entführen.

Auerochsen. Aus Niederschlesien wird berichtet: Ein sehr interessantes Objekt wurde kürzlich in einer Geweihausstellung in Reusatz a. d. O. gezeigt, ein Auerochsengehörn, das ein Alter von 2000 bis 3000 Jahren haben dürfte und in einem der beiden Tarnauer Seen aufgefunden worden ist. Diese von der meisteiten Carolathaler See umgebenen Seen befinden sich südlich vom bekannteren Schlawaker, dem größten See ganz Schlesiens. Das Gehörn gehört zu der umfangreichen Sammlung der Carolathaler Herrschaft, deren weite Forsten noch bis in die neuere Zeit hinein den Wolf als Standwild beherbergt haben und eines der großartigsten Wildgebiete des deutschen Ostens sind. Der Auerochse ist, wie immer wieder bemerkt sein muß, nicht zu verwechseln mit dem Wisent, jener anderen Widringattung, die noch immer in Plesch gehegt wurde und in Bielowiez nun ausgerottet worden ist. Mit Unrecht wird der Wisent oft als Auerochse bezeichnet. Letzterer Name gebührt nur dem „Ur“ der alten Germanen, der damals in ganz Deutschland verbreitet gewesen ist. Im Spreewald hat sich der Auerochse noch 1682 auf freier Wildbahn gehalten, wie ein Schutzverbot der sächsischen Oberlandesregierung aus jenem Jahre zeigt. Hier hatten sich Teile der letzten deutschen Bestände genau so zusammengedrängt erhalten wie es jetzt noch beim Elch in den Waldwäldern des Memeldeltas (Aberhorst, Romonien) der Fall ist. Wenig bekannt ist übrigens, daß der Name von Auerbach an der Bergstraße, dem Lustort am Odenwald, auf den Auerochsen zurückzuführen ist, der früher auch im Odenwald sehr zahlreich gewesen ist. Oft zogen die Wornjer Auerochsenherde in den Odenwald; eine Auerochsenjagd ist es auch gewesen, auf der Siegfried dem heimtücklichen Speerwurf Dagens erlag. Die ursprüngliche Bezeichnung von Auerbach ist Urbach, ganz der früher gebräuchlichen Bezeichnung des Auerochsen gemäß. Zahlreiche deutsche Museen, Naturalien- und Jagdtrophäensammlungen bergen Knochen- und Gehörnteile jenes gewaltigen Tieres, das einst das Wahrzeichen des germanischen Waldes gewesen ist. Der Hund im Tarnauer See ist aber einer der besten seiner Art in Schlesien. Ein großartiges Mal ist dem Auerochsen in Königsberg i. Pr. geschildert worden; dort steht die berühmte Gruppe kämpfender Auerochsen, geschnitten von der Hand des genialen Tierplastikers August Gaul, zur Erinnerung daran, daß der Auerochse sich auch in den uraltdartigen Forsten des Memeldeltas und Majurcus sehr lange, bis ins späte Mittelalter, gehalten hat.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wie die Regierung den Preis des Mehls hinaufreibt!

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichtet haben, sind die Warengruppen Getreide und Mehl aus dem Anzeigeverfahren in das Bewilligungsverfahren verlegt worden, das heißt, während man früher die Einfuhr von Getreide und Mehl dem Außenhandelsamt bloß anzeigen mußte, ist jetzt die Bewilligung dieses Amtes erforderlich. Wie läßt nun das Amt das ihm verlichene Recht aus? Bei normaler Einfuhr verließen in die Tschechoslowakei 40.000 Waggons Getreide oder 30.000 Waggons Mehl jährlich eingeführt werden, weil das bei uns angebaute Getreide nicht hinreicht, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Es müssen also Monat für Monat 2500 Waggons Mehl in die Tschechoslowakei rollen und soviel müßte das Außenhandelsamt auch zur Einfuhr zulassen. Statt dessen aber hat das Amt die Einfuhr von Mehl auf 1500 Waggons monatlich festgesetzt. Diese Verfügung hat natürlich keinen anderen Sinn, als künstlich einen Mangel an Mehl hervorzurufen, was den Agrariern ermöglicht, höhere Preise für das Mehl, beziehungsweise für das Getreide zu erzielen. Die Regierung scheut also auch vor einer zeitweisen Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl nicht zurück, nur damit die Agrarier hohe Preise erzielen können!

Weitere Einwirkungen des Bergarbeiterstreites auf die Metallindustrie.

Durch die infolge Kohlenmangel verursachte Einstellung des Kraftstromes im Industriegebiet wurden in Bodenbach folgende Betriebe stillgelegt: Die Elektrizitätswerke Bergmann mit 520 Arbeitern, Metallwerke Chadoir mit 430 Arbeitern, Metallwerke „Metallum“ mit 49 Arbeitern, Hönitzsch u. Co. mit 100 Arbeitern, Röhmaschinenfabrik Clemens Müller mit 250 Arbeitern und Maschinenfabrik Schulz mit 57 Arbeitern. In den Metallknopf-industrieorten Tissa und Peterswald müssen 500 Arbeiter ausweichen. Weiter wurden eingestell die Nordböhmisches Waggonsfabrik in Böhm.-Leipa mit annähernd 250, die Hammerwerke in Türmitz mit 60 Arbeitern. Infolge Reduzierung des Betriebes wurden in der Stahlgußhütte in Karbitz 45 Arbeiter entlassen. Weiter müssen im Eisenwerke Kolbau gleichfalls infolge Kohlenmangel 1300 Arbeiter ausweichen. Es sind also weitere 3600 Arbeiter infolge der Unnachgiebigkeit der Grubenbarone um ihre Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gekommen.

Die Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei mit Rußland beschränkten sich — wie die „Börse“ schreibt — bisher auf Käufe und Verkäufe großer Stills, die die russische Handelsvertretung in Prag mit einzelnen Industrielles und Organisationen abgeschlossen hat. So hat die russische Handelsvertretung in Prag mit den Witfowiger Werken einen Lieferungsvertrag auf elektrisches Material in der Höhe von 120 Millionen tschechischer Kronen abgeschlossen. Ferner sind große Mengen von Röhren, Papier und

Lebensmittel gekauft worden. Gegenwärtig werden Verhandlungen zwischen den Eloda-Werken und der Handelsvertretung wegen Abschluß eines Vertrages und Gründung einer gemischten Gesellschaft geführt.

Zur Beilegung des Stultateurkreises in Tepliz. Nach langwierigen Verhandlungen ist nun endlich die Lohnbewegung der Stultateure in Tepliz zum Abschluß gelangt. Den Unternehmern war weniger daran gelegen, einen Lohnabbau zu erzielen, sie vertrauen vielmehr den prinzipiellen Standpunkt, die Arbeitsvermittlung aus dem Vertrag auszuschalten. Sie wollten sich dadurch anderweitige Arbeitskräfte verschaffen, um in dieser Form den Lohnabbau durchzuführen. Für die Gehilfen war es daher von großer Bedeutung, eine längere Vertragsdauer zu erreichen, was ihnen durch die Ausdauer in diesem Kampfe auch gelungen ist. Der Vertrag gilt bis zum 31. Mai 1924. Der Stundenlohn beträgt für Stultateure zwölf Kronen, für Fassader zehn Kronen. Es wurde außerdem für auswärtige Arbeiter ein 25prozentiger Zuschlag zum Stundenlohn erreicht. Für Ueberstunden werden 50 Prozent, für Sonntags- und Nachtarbeit 100 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn bezahlt. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß Ueberstunden nur dann, wenn keine Arbeitslose mehr am Werke sind, gemacht werden dürfen. Für die Stultateure ist dieser Abschluß ein schöner Erfolg.

Der Boykott gegen die Firma E. Remy & Co. in Wagnau. Der Boykott wirkt, die Firma Remy leidet ein. Sie hat einen Teil der im vergangenen Winter gemahregelten Arbeiter eingestellt. Zu einem vollständigen Einlenken konnte sich die Firma noch nicht entschließen. Eine Firma, die so von ihrer Macht überzeugt war, die ohne jede Rücksicht schalten und walten konnte wie Remy, muß es schmerzlich empfinden, wenn sie gezwungen wird, die Arbeiterorganisationen anzuerkennen. Nachdem nun der erste Schritt gemacht ist, dürften sich die folgenden leichter gestalten. Die Konsumenten können hier mit Erfolg helfend eingreifen. Sie müssen nur den Boykott in der schärfsten Form zur Anwendung bringen. Wird so mit der Firma verfahren, dann wird in kürzester Frist das Ziel des Kampfes erreicht sein.

Streichung der Mark an den Börsen. Die Blätter melden aus Basel, daß die deutsche Mark wegen ihrer vollständigen Wertlosigkeit an der Baseler Börse in Zukunft nicht mehr notiert werde. Der „Vorwärts“ unterstreicht diese Tatsache, daß die Mark damit das Schicksal des Sowjetrubels zeige, und bezeichnet sie als Alarmzeichen, denn wenn die Mark im Auslande unverkäuflich bleibe, so stoße die Wareneinfuhr und die Lebensmittelversorgung auf die größten Schwierigkeiten.

Die polnische Regierung erschwert die Gründung von Aktiengesellschaften. Das polnische Finanzministerium hat im Einvernehmen mit dem Handelsministerium beschlossen, neue Aktiengesellschaften nur in Ausnahmefällen zu bestätigen. Es stellte sich nämlich heraus, daß der besonders in der letzten Zeit besonders fühlbare Geldmangel auf die Finanzierung neuer Gesellschaften, die massenhaft gegründet wurden, zurückzuführen ist.

Rußlands Sehnsucht nach dem Anschluß an den westeuropäischen Kapitalismus. Der britische Sekretär der russischen kooperativen Gesellschaften, Mr. Wise, erklärte in seiner in der Versammlung der Labour Party gehaltenen Rede, Rußland wünsche, was immer vor drei oder vier Jahren geschehen sein mag, Frieden in jeder Richtung. Für Rußland würde ein Krieg die Einstellung des gesamten Fortschrittes und aller in den letzten drei Jahren vorgenommenen Bemühungen nach einer wirtschaftlichen Reorganisation bedeuten. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus könne auch nach Erledigung der Ruhrfrage eine ständige Grundlage für den europäischen Wohlstand nur dann gefunden werden, wenn Rußland seine normalen Funktionen als Lieferant der Hälfte der von Mitteleuropa benötigten Nahrungsmittel zu erfüllen in der Lage sein und bestimmtes und wachsendes Absatzgebiet für die europäischen Industrieerzeugnisse werden wird.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich 20.00, Prag 16.75, Wien 2.800,00, etc.

Prager Kurze am 13. September.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes items like 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, etc.

Züricher Schlusskurze am 13. September

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes items like Paris, London, Berlin, etc.

Die genauen Wahlergebnisse aus dem ganzen Staatsgebiete bringt der „Sozialdemokrat“ Dienstag, den 18. September morgens. Vorausbestellungen der Organisationen sind sofort an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Prag II., Smetana-gasse 32, oder an die örtlichen Verschleißer und Kolporteurs des „Sozialdemokrat“ oder der Parteipresse zu richten.

Die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Kunst und Wissen.

„Vzpoura“ („Aufrühr“), Drama in drei Akten von Frantisek Jadrhel. (Weinberger Stadttheater, 12. September.) Herrennaturen, welche rücksichtslos ihrem Ziele zugehen, Caesaren, Napoleon, Feldherren und Diktatoren übten seit jeher starke Anziehungskraft auf die Dichter aus. Ähnlich anziehend müßte eigentlich die Verförperlichung des krassesten Individualismus, wie er sich im modernen Kapitalismus äußert, wirken. Das Großkapital als niebschneidendes Uebermenschen-tum dramatisch zu verwenden, ist gewiß verlockend. Es ist daher nur zu verwundern, daß bisher kein Dramatiker diese Gelegenheit benützt hat, um ein wirklich modernes soziales (wenn auch vielleicht nicht sozialistisch tendenziöses) Drama zu schaffen, sondern daß das soziale Milieu ihnen allen nur als billige Kulisse diente. Der tschechische Dichter und Dramatiker Frantisek Jadrhel, der Verehrer Napoleons, Mussolinis und ähnlicher „Herrennaturen“, hat auch aus dieser Quelle geschöpft und das Uebermenschen-tum des rücksichtslosen Großkapitals in seinem „Aufrühr“ verherrlicht. Der Stahlwerksbesitzer Frig Osten ist ein Mann, der fühlend Blutes über Leichen wandelt. So wie er den Tod seiner ersten Frau verschuldet, so vernichtet und vertreibt er seine zweite Frau und zertrümmert auch deren Schwester, seine Geliebte. Die Wirtschaftskrise, die Unmöglichkeit des Exportes seiner Fabrikate, die Kreditverweigerung seitens der Bank bedrohen sein Unternehmen, er will jedoch von diesen Umständen nichts wissen und befehlt, trotz alledem weiter zu arbeiten. Den Arbeitern seiner Stahlwerke, welche eine Deputation mit der Bitte zu ihm entsenden, sie nicht zu entlassen (ja, sie waren sogar mit einer Lohnherabsetzung zufrieden), sagt er gerne die Weiterbefassung im Dienste zu und trachtet ihnen gleichzeitig dadurch zu beweisen, daß es im Arbeitswillen keinen Unterschied zwischen „Ausbeuter und dem Ausgebeuteten“ gibt. Obwohl ihm gemeldet wird, seine Kohlengrube „Silesia“ sei derart schadhaft, daß ihre Instandsetzung zwei Millionen Kronen erfordern würde, die jedoch nicht vorrätig sind und nicht beschafft werden können, läßt er die Arbeiter auf Geratewohl in das Bergwerk hinunterfahren. Er nimmt es dann auch

ganz ruhig entgegen, als er erfährt, daß in der Kohlengrube infolge dieser ihm bewußt gewordenen Mängel eine Anzahl von Arbeitern ums Leben kam. Ein Gegner erwacht ihm jedoch in seinem Sohn. Dieser brandmarkt den Vater als „Teufel“ und „Teufel“, er predigt gegen dessen harte Lebensanschauung in überaus exaltierter Weise seine eigenen „weichen“ Menschheitstheorien. Aber auch er fällt und der Starke, der Harte, der Großkapitalist, bleibt Sieger. Dessen Seele, hart wie sein Stahl, triumphiert. — Die Handlung ist spannend und der Aufbau der Szenen zeugt von Kenntnis der Bühnentechnik. Abgesehen von manchen Unmöglichkeiten, wie z. B. den Tiraden des krankhaft veranlagten jungen Sohnes gegen den eigenen Vater und der in das Gefüge dieses Dramas nicht passenden Teufelszene ist es ein durchaus beachtenswertes Stück. Von den Schauspielern haben sich am meisten Roman Tuma (der Sohn) und Leopoldine Dostalová (die Geliebte des Fabrikanten) hervorgetan. r. i. Samstagabendvorstellung — Gastspiel Paul Morgan. Samstag 10.15 Uhr Nachvorstellung „Der Freischütz“ mit Paul Morgan. Sonntag nachmittags 2.30 Uhr wird „Der Freischütz“ wiederholt. Montag „Causa Kaiser“.

Rezeptionsstudie „Das Nachtlager von Granada“, „Sufannens Geheimnis“. Morgen 7 Uhr Conradin Krencers Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf Ferraris „Sufannens Geheimnis“. Neues Theater. Heute 7.30 Uhr „Fischmann als Erzähler“. Sonntag 7 Uhr „Hoffmanns Erzählungen“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Samstag, den 15. September 1923 Kunstwanderung: Altstädter Renaissancestraße. Treffpunkt: Husdenkmal, Altstädter Ring 3 Uhr nachmittags. Führung: Dr. Klein. Gäste willkommen. Die sonntäglichen Wanderungen entfallen. 1817

Turnen und Sport.

Fußball. Wettspiele in Prag. Samstag: Meisterschaft I. Klasse: Sparta gegen A.S. Rolin (45 Min. Nachtragsspiel). Cecilia Karlin gegen Union Zizkov, D.F.C. gegen Meteor Vinohrady. Sonntag: Meisterschaft: Liben gegen Slavia, Sparta Kobilka gegen A.C. Sparta, Ruselstý St. gegen Viktoria Vinohrady, Meteor VIII gegen Viktoria Zizkov und O.N.F. gegen Brávoce. — Freundschaftsspiel: D.F.C. gegen A.S. Rolin. Leichtathletik. Beim sonntägigen Meeting des A.S. in Kristiania verbesserte Ch. Hoff den normwegischen Weitsprungrekord auf 7.92 Zentimeter. Sein erster Sprung war 7.40 Zentimeter, doch hatte Hoff übertritten. Hoff gewann auch das 200-Meter-Laufen in 22.6 Sek. vor Guldborg 22.7 Sek. Der Schwede Hustin lief 800 Meter in 1:57.4 vor Brusgard 1:57.5 und 1500 Meter in 4:56.2. Das 100-Meter-Laufen gewann Guldborg in 10.9 Sek. vor Hoff 11.1 Sek. Im 110-Meter-Hürdenlauf blieb der Engländer Gaby in 15.7 Sek. siegreich, den Hochsprung gewann Overtre Hansen mit 1.85 Zentimeter. („Pr. Pr.“)

Bio-Programm vom 14. bis 20. September.

Lido Bio: Premiere! Roman eines stillen Gäßchens. Drama in 3 Akten.

Louvre Lucerna Das Kulinationsprogramm der Saison! 1796 Jusfizirrtum In der Hauptrolle Alexander Mozuchin II. Epoche: 3. Episode: Inkognito durch das Leben. 4. Episode: Die Stimmte des Blutes. Programmzugabe: Herrliche Pariser Moden-Revue Lucerna Louvre

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1008 Prag-Graben Goldenes Kreuzel, 1000 Prag-Relaxanta. Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetana 22 (Krania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich 100 PRAG II., Hybernáka Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Billiger Befeststoff

Bozzaccio, Anmutige Gesichtchen. Bäcker, Münchhausen. Zealsheld, Bäcker am Jacinto. Zirkus, Der Arbeiter. Zirkus, Volkserzählungen. Preis gebd. je 3 Kronen. Bucherverzeichnisse kostenlos. Buchhandlung Freiheit Tepliz-Zhýbany, Theresienstraße 18.

In einer Stunde

Das Weltall, Biologie, Weltgeschichte, Kunstgeschichte, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie. Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schöler, Klavand, Laffar, Goh, u. a. — Je der Band gebunden 6.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit Tepliz-Zhýbany, Theresienstraße Nr. 18.

Wetterberichte der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with columns: Station, Temperature, Wind, Weather, etc. Includes data for 13. September 1923 and various stations like Prag, Brunn, etc.

Mitteilungen aus dem Publikum.

OSRAM NITRA advertisement featuring a light bulb image and text: 'Mehr Licht bedeutet mehr Leistung. OSRAM muß auf dem Glasglocke stehen.' Includes publisher information: Herausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak.

Bezirkskrankenkasse Gablonz a. N.

Betreffend: Erbauung eines Amts- u. Wohngebäudes der Bezirkskrankenkasse Gablonz a. N.

Bau-Ausschreibung.

Die Bezirkskrankenkasse in Gablonz a. N. beabsichtigt die Erbauung eines 3-Stock hohen Amts- u. Wohngebäudes in Gablonz a. N.

Die Unterlagen liegen zur allgemeinen Einsicht bei der Bezirkskrankenkasse in Gablonz a. N., Mozarigasse 15 a, II. Stock, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags auf. — Die Kasse behält sich die Vergebung nur eines Teiles der Bauarbeiten, so insbesondere der Erd-, Fundierungsarbeiten u. des teilweisen Kellermauerwerkes im Ausmaße der vorhandenen Pläne und Unterlagen sowie die Wahl unter den Bewerbern vor. — Besondere Bedingung ist, daß die Erd-, Fundierungs- und Kellermauerwerksarbeiten, um die Staatsgarantie nicht zu verlieren, nach der Vergebung ungesäumt in Angriff genommen werden und bis längstens 31. Dezember 1923 fertiggestellt sein müssen. — Ueber das zu erlegende Vadium, die Art der Preis-Erstellung, die Verständigung der Bewerber hinsichtlich der Annahme des Angebotes enthalten die in der Bezirkskrankenkasse aufliegenden Baubedingungen das Nähere. Die Offerten sind im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Dezember 1920, Sg. Nr. 667 betreffend die Vergebung staatlicher Lieferungen u. Arbeiten bis längstens 30. September 1923, nachmittags 3 Uhr, unter der Adresse: Bezirkskrankenkasse Gablonz a. N., Mozarigasse 15 a, einzubringen. Die Ausschreibung erfolgte im Úřední list republiky československé (Amtsblatt der Tschechoslowakischen Republik).

Gablonz a. N., am 12. September 1923. 1803

Der Direktor: W. Bösmüller m. p. Der Obmann: Herm. Hladik m. p.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.